



## **XVI. BRICS-Gipfel (Übersetzung des Originals mit Google)**

### **Stärkung des Multilateralismus für eine gerechte globale Entwicklung und Sicherheit**

Kasan, Russische Föderation

23. Oktober 2024

1. Wir, die Staats- und Regierungschefs der BRICS-Staaten, trafen uns vom 22. bis 24. Oktober 2024 in Kazan (Russische Föderation) zum XVI. BRICS-Gipfeltreffen unter dem Motto: „Stärkung des Multilateralismus für eine gerechte globale Entwicklung und Sicherheit“.

2. Wir bekräftigen, wie wichtig es ist, die Solidarität und Zusammenarbeit der BRICS-Staaten auf der Grundlage unserer gemeinsamen Interessen und Hauptprioritäten weiter zu stärken und unsere strategische Partnerschaft weiter zu festigen.

3. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zum BRICS-Geist des gegenseitigen Respekts und Verständnisses, der souveränen Gleichheit, Solidarität, Demokratie, Offenheit, Inklusivität, Zusammenarbeit und Konsens. Aufbauend auf 16 Jahren BRICS-Gipfeltreffen verpflichten wir uns weiterhin, die Zusammenarbeit in den erweiterten BRICS-Staaten unter den drei Säulen der politischen und sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen, kulturellen und zwischenmenschlichen Zusammenarbeit zu stärken und unsere strategische Partnerschaft zum Wohle unserer Völker durch die Förderung des Friedens, einer repräsentativeren, gerechteren internationalen Ordnung, eines erneuerten und reformierten multilateralen Systems, nachhaltiger Entwicklung und inklusiven Wachstums zu stärken.

4. Wir loben den russischen BRICS-Vorsitz für die Ausrichtung eines „Outreach“-/„BRICS Plus“-Dialogs mit Beteiligung von EMDCs aus Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika und dem Nahen Osten unter dem Motto: „BRICS und der globale Süden: Gemeinsam eine bessere Welt aufbauen“ am 24. Oktober 2024 in Kazan.

5. Wir begrüßen das große Interesse der Länder des globalen Südens an BRICS und unterstützen die Modalitäten der BRICS-Partnerlandkategorie.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Ausweitung der BRICS-Partnerschaft mit den EMDCs weiter zur Stärkung des Geistes der Solidarität und der echten internationalen Zusammenarbeit zum Wohle aller beitragen wird.

Wir verpflichten uns, die institutionelle Entwicklung der BRICS weiter zu fördern. Stärkung des Multilateralismus für eine gerechtere und demokratischere Weltordnung

6. Wir stellen die Entstehung neuer Machtzentren, politischer Entscheidungsfindung und Wirtschaftswachstums fest, die den Weg für eine gerechtere, demokratischere und ausgewogenere multipolare Weltordnung ebnen können. Multipolarität kann die Möglichkeiten für EMDCs erweitern, ihr konstruktives Potenzial freizusetzen und eine allgemein vorteilhafte, inklusive und gerechte wirtschaftliche Globalisierung und Zusammenarbeit zu genießen. Angesichts der Notwendigkeit, die derzeitige Architektur der internationalen Beziehungen anzupassen, um die gegenwärtigen Realitäten besser widerzuspiegeln, bekräftigen wir unser Engagement für den Multilateralismus und die Wahrung des Völkerrechts, einschließlich der in der Charta der Vereinten Nationen (UN) als unverzichtbarem Eckpfeiler verankerten Ziele und Grundsätze, sowie die zentrale Rolle der UN im internationalen System, in dem souveräne Staaten zusammenarbeiten, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben, die Förderung und den Schutz von Demokratie, Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle sowie eine auf Solidarität, gegenseitigem Respekt, Gerechtigkeit und Gleichheit basierende Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Wir betonen ferner die dringende Notwendigkeit, zeitnah eine gerechte und inklusive geografische Vertretung in der Personalzusammensetzung des Sekretariats der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen zu erreichen.

7. Wir bekräftigen unser Engagement für die Verbesserung der Weltordnungspolitik durch die Förderung eines agileren, wirksameren, effizienteren, reaktionsfähigeren, repräsentativeren, legitimeren, demokratischeren und rechenschaftspflichtigeren internationalen und multilateralen Systems.

Wir fordern eine stärkere und bedeutungsvollere Beteiligung der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder, insbesondere in Afrika, Lateinamerika und der Karibik, an globalen Entscheidungsprozessen und -strukturen und eine bessere Anpassung an die aktuellen Gegebenheiten.

Wir fordern außerdem eine Erhöhung der Rolle und des Anteils von Frauen, insbesondere aus Entwicklungsländern, auf verschiedenen Verantwortungsebenen in internationalen Organisationen. Als positiven Schritt in diese Richtung erkennen wir den G20-Aufruf zum Handeln zur Reform der globalen Ordnung an, den Brasilien während seiner G20-Präsidentschaft gestartet hat.

Wir erkennen auch Dialoge und Partnerschaften an, die die Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent stärken, wie den Gipfel des Forums für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit, den Gipfel des Indien-Afrika-Forums, den Russland-Afrika-Gipfel und die Ministerkonferenz.

8. In Anerkennung der Johannesburg-II-Erklärung von 2023 bekräftigen wir unsere Unterstützung für eine umfassende Reform der Vereinten Nationen, einschließlich ihres Sicherheitsrats, mit dem Ziel, sie demokratischer, repräsentativer, effektiver und effizienter zu machen und die Vertretung der Entwicklungsländer in den Ratsmitgliedern zu erhöhen,

damit dieser angemessen auf die vorherrschenden globalen Herausforderungen reagieren und die legitimen Bestrebungen der Schwellen- und Entwicklungsländer aus Afrika, Asien und Lateinamerika, einschließlich der BRICS-Staaten, unterstützen kann, eine größere Rolle in internationalen Angelegenheiten zu spielen, insbesondere in den Vereinten Nationen, einschließlich ihres Sicherheitsrats.

Wir erkennen die legitimen Bestrebungen der afrikanischen Länder an, die im Ezulwini-Konsens und in der Sirte-Erklärung zum Ausdruck kommen.

9. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für ein regelbasiertes, offenes, transparentes, faires, vorhersehbares, inklusives, gerechtes, diskriminierungsfreies und konsensbasiertes multilaterales Handelssystem mit der Welthandelsorganisation (WTO) als Kern und einer besonderen und differenzierten Behandlung der Entwicklungsländer, einschließlich der am wenigsten entwickelten Länder, und lehnen die einseitigen handelsbeschränkenden Maßnahmen ab, die mit den WTO-Regeln unvereinbar sind.

Wir begrüßen die Ergebnisse der 13. Ministerkonferenz in Abu Dhabi (VAE) und bekräftigen unsere Verpflichtung, auf die Umsetzung der Beschlüsse und Erklärungen der WTO-Ministerkonferenzen hinzuwirken.

Wir stellen jedoch fest, dass in vielen noch offenen Fragen noch weitere Anstrengungen erforderlich sind.

Wir betonen die Bedeutung einer Reform der WTO und einer Stärkung der Entwicklungsdimension in ihrer Arbeit.

Wir verpflichten uns, uns innerhalb der WTO konstruktiv zu engagieren, um das Ziel zu erreichen, bis 2024 ein voll funktionsfähiges, verbindliches, zweistufiges WTO-Streitbeilegungssystem zu schaffen, das allen zugänglich ist, und die Auswahl neuer Mitglieder des Berufungsgremiums ohne weitere Verzögerung vorzunehmen.

Wir stimmen zu, unseren Dialog über das multilaterale Handelssystem und WTO-bezogene Themen zu intensivieren und begrüßen die Einrichtung des informellen BRICS-Beratungsrahmens zu WTO-Themen.

Wir bekräftigen die Entscheidung im Rahmen der Strategie für die BRICS-Wirtschaftspartnerschaft 2025, Maßnahmen zur Unterstützung der notwendigen WTO-Reform zu ergreifen, um die Widerstandsfähigkeit, Autorität und Wirksamkeit der WTO zu stärken und Entwicklung und Inklusivität zu fördern.

10. Wir sind zutiefst besorgt über die störenden Auswirkungen rechtswidriger einseitiger Zwangsmaßnahmen, einschließlich illegaler Sanktionen, auf die Weltwirtschaft, den internationalen Handel und die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Solche Maßnahmen untergraben die UN-Charta, das multilaterale Handelssystem, die Abkommen über nachhaltige Entwicklung und Umweltabkommen. Sie wirken sich auch negativ auf Wirtschaftswachstum, Energie, Gesundheit und Nahrungsmittelsicherheit aus und verschärfen Armut und Umweltprobleme.

11. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, ein starkes und wirksames globales Finanzsicherheitsnetz aufrechtzuerhalten, in dessen Zentrum ein quotenbasierter und mit ausreichenden Mitteln ausgestatteter IWF steht.

Wir fordern eine Reform der Bretton-Woods-Institutionen, die eine stärkere Repräsentation von EMDCs in Führungspositionen umfasst, um den Beitrag der EMDCs zur Weltwirtschaft widerzuspiegeln.

Wir unterstützen ein leistungsorientiertes, inklusives und gerechtes Auswahlverfahren für die Spitzenpositionen der Bretton-Woods-Institutionen, eine stärkere geografische Vertretung sowie die Rolle und den Anteil von Frauen.

Wir nehmen die Quotenerhöhung bei der 16. Allgemeinen Quotenüberprüfung (GRQ) zur Kenntnis und fordern die Mitglieder auf, inländische Genehmigungen einzuholen, damit die Quotenerhöhung wirksam wird.

Wir begrüßen die Entscheidung, einen 25. Vorsitzenden im Exekutivrat des IWF zu schaffen, um die Stimme und Repräsentation der Länder Subsahara-Afrikas zu stärken.

Wir erkennen die Dringlichkeit und Bedeutung einer Neuausrichtung der Quotenanteile an, um die relativen Positionen der Mitglieder in der Weltwirtschaft besser widerzuspiegeln und gleichzeitig die Quotenanteile der EMDCs, insbesondere der ärmsten Mitglieder, zu schützen.

Wir begrüßen die laufenden Arbeiten des IWF-Exekutivdirektoriums, bis Juni 2025 mögliche Ansätze als Leitfaden für eine weitere Neuausrichtung der Quoten zu entwickeln, darunter durch eine neue Quotenformel im Rahmen des 17. GRQ. Die Diskussionen sollten zu einer Neuausrichtung der Quoten führen, die fair und transparent ist, die Vertretung unterrepräsentierter IWF-Mitglieder verbessert und Quotenanteile von den Industrieländern auf die EMDCs überträgt.

Wir freuen uns auf die 2025 stattfindende Überprüfung der Beteiligungsverhältnisse durch die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD).

12. Wir erkennen die entscheidende Rolle der BRICS-Staaten im Prozess der Verbesserung des internationalen Währungs- und Finanzsystems (IMFS) an, um es besser auf die Bedürfnisse aller Länder abstimmen zu lassen. In diesem Zusammenhang nehmen wir die Forschungsarbeit des BRICS-Vorsitzes zur Verbesserung des IMFS zur Kenntnis, in der die Grundprinzipien Sicherheit, Unabhängigkeit, Inklusion und Nachhaltigkeit dargelegt werden, die für wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand von entscheidender Bedeutung sind.

Wir ermutigen unsere Finanzminister und Zentralbank-/Nationalbankgouverneure, diese Arbeit fortzusetzen.

13. Wir betonen den universellen und inklusiven Charakter der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung und dass bei der Umsetzung die unterschiedlichen nationalen Umstände, Kapazitäten und

Entwicklungsniveaus berücksichtigt werden sollten, während gleichzeitig die nationalen Politiken und Prioritäten respektiert und die nationalen Gesetze eingehalten werden.

Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um eine nachhaltige Entwicklung in ihren drei Dimensionen zu erreichen, und uns verpflichten, sie in den Mittelpunkt der Agenda der internationalen Zusammenarbeit zu stellen, um Ungleichgewichte und Unzulänglichkeiten in der Entwicklung besser anzugehen.

Wir verurteilen die Versuche, die Entwicklung diskriminierenden, politisch motivierten Praktiken zu unterwerfen, einschließlich, aber nicht beschränkt auf einseitige Zwangsmaßnahmen, die mit den Prinzipien der UN-Charta unvereinbar sind, explizite oder implizite politische Konditionalitäten der Entwicklungshilfe, Aktivitäten, die darauf abzielen, die Vielfalt der internationalen Entwicklungshilfeanbieter zu beeinträchtigen.

14. Wir unterstreichen die Schlüsselrolle der G20 als wichtigstes globales Forum für multilaterale wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit, das eine Plattform für den Dialog sowohl der Industrie- als auch der Schwellenländer auf gleicher und für beide Seiten vorteilhafter Grundlage für die gemeinsame Suche nach gemeinsamen Lösungen für globale Herausforderungen bietet.

Wir erkennen die Bedeutung des fortgesetzten und produktiven Funktionierens der G20 an, das auf Konsens basiert ist und den Schwerpunkt auf ergebnisorientierte Ergebnisse legt. Wir unterstützen die Globale Allianz gegen Hunger und Armut und die Arbeit der Task Force für eine globale Mobilisierung gegen den Klimawandel sowie die wegweisende Erklärung von Rio de Janeiro zur internationalen Steuerkooperation.

Wir freuen uns auf die erfolgreiche Ausrichtung des G20-Gipfels in Rio de Janeiro im November 2024 unter brasilianischer Präsidentschaft und bekräftigen unsere Bereitschaft, unsere Positionen zu koordinieren, um die Inklusivität zu stärken, die Stimme des globalen Südens zu stärken und seine Prioritäten durch die aufeinanderfolgenden G20-Präsidentschaften der BRICS-Mitgliedsstaaten – Indien, Brasilien und Südafrika – im Zeitraum 2023–2025 und darüber hinaus weiter in die G20-Agenda zu integrieren. In diesem Zusammenhang begrüßen und unterstützen wir auch die Aufnahme der Afrikanischen Union als Mitglied der G20 beim G20-Gipfel in Neu-Delhi im Jahr 2023.

15. Wir bekräftigen, dass die Ziele, Grundsätze und Bestimmungen des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC), des Kyoto-Protokolls und des Pariser Abkommens, einschließlich der Grundsätze der Gerechtigkeit und der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten (CBDR-RC) angesichts der unterschiedlichen nationalen Umstände, eingehalten werden müssen.

Wir verurteilen einseitige Maßnahmen, die unter dem Vorwand von Klima- und Umweltbelangen eingeführt werden, und bekräftigen unsere Verpflichtung, die Koordinierung in diesen Fragen zu verbessern.

Wir werden die Zusammenarbeit bei einer ganzen Reihe von Lösungen und Technologien stärken, die zur Reduzierung und Beseitigung von Treibhausgasen beitragen.

Wir weisen auch auf die Rolle von Kohlenstoffsenken bei der Absorption von Treibhausgasen und der Eindämmung des Klimawandels hin, betonen jedoch gleichzeitig die Bedeutung der Anpassung und die Notwendigkeit einer angemessenen Bereitstellung der Mittel zur Umsetzung, nämlich finanzieller Mittel, Technologietransfer und Kapazitätsaufbau.

16. Wir erinnern daran, dass die UNFCCC, einschließlich der jährlichen Konferenz der Vertragsparteien (COP), das wichtigste und legitime internationale Forum ist, um das Thema Klimawandel in all seinen Dimensionen zu diskutieren.

Wir sind zutiefst besorgt über Versuche, Sicherheit mit der Klimaagenda zu verknüpfen.

Wir loben Ägypten für die Ausrichtung der COP27 in Sharm El-Sheikh im Jahr 2022, wo der Fonds zur Bewältigung von Verlusten und Schäden eingerichtet wurde, und die VAE für die Ausrichtung der COP28 in Dubai im Jahr 2023, wo der Fonds<sup>6</sup> in Betrieb genommen wurde.

Wir begrüßen den auf der COP28 erzielten Konsens der VAE, einschließlich der Entscheidung mit dem Titel „Ergebnis der ersten globalen Bestandsaufnahme“ und des Rahmenwerks der VAE für globale Klimaresilienz.

Wir bekunden unser Engagement für eine erfolgreiche COP29 in Aserbaidshan und erwarten starke Ergebnisse bei der Klimafinanzierung für Entwicklungsländer als entscheidenden Faktor für die Umsetzung der aktuellen und zukünftigen national festgelegten Maßnahmen und Ziele in Bezug auf Schadensminderung, Anpassung sowie Verluste und Schäden.

Wir unterstützen Brasiliens Führungsrolle bei der Ausrichtung der COP30 im Jahr 2025 und begrüßen Indiens Kandidatur für die Ausrichtung der COP 33 im Jahr 2028.

17. Wir bekräftigen die Bedeutung des Schutzes der biologischen Vielfalt, einschließlich der Umsetzung des globalen Rahmens für die biologische Vielfalt von Kunming und Montreal.

Wir fordern die Industrieländer auf, die Bereitstellung angemessener, wirksamer und leicht zugänglicher Finanzmittel für Entwicklungsländer sicherzustellen, um den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt zu fördern.

Wir betonen die Bedeutung der Verbesserung des Kapazitätsaufbaus, der Entwicklung und des Technologietransfers von Industrieländern an Entwicklungsländer für den Schutz, die nachhaltige Nutzung und die faire und gerechte Aufteilung der Vorteile, die sich aus der Nutzung der biologischen Vielfalt ergeben.

18. Wir sind uns bewusst, dass Bodenerosion, Wüstenbildung und Dürre ernsthafte Bedrohungen für das Wohlergehen und die Lebensgrundlagen der Menschen und der Umwelt darstellen, und fordern, unter Anerkennung der laufenden Bemühungen zur Förderung nachhaltiger Landbewirtschaftungspraktiken, doch dringend die Bereitstellung

erhöhter finanzieller Mittel, starker Partnerschaften und integrierter Strategien zur Bewältigung der Herausforderungen von Bodenerosion, Wüstenbildung und Dürre. In dieser Hinsicht freuen wir uns auf die bevorstehende sechzehnte Tagung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD COP16), die vom 2. bis 13. Dezember 2024 in Riad, Saudi-Arabien, stattfinden wird.

19. Angesichts der weltweiten Bemühungen zur Bewältigung der globalen Wasserknappheit begrüßen wir die VAE und Senegal als gemeinsame Gastgeber der UN-Wasserkonferenz 2026 in den VAE.

20. Wir würdigen die Bemühungen unserer Länder zum Schutz seltener Arten und sind uns der hohen Gefährdung von Großkatzen bewusst. Gleichzeitig nehmen wir die Initiative der Republik Indien zur Gründung einer Internationalen Großkatzenallianz zur Kenntnis und ermutigen die BRICS-Länder, zusammenzuarbeiten, um weitere Beiträge zum Schutz der Großkatzen zu leisten. Wir nehmen außerdem zur Kenntnis, dass die VAE den Mohamed bin Zayed Species Conservation Fund eingerichtet haben. In dieser Hinsicht ermutigen wir die BRICS-Länder, die gemeinsame Zusammenarbeit in den Bereichen Schutz und Erhaltung der am stärksten gefährdeten Arten zu verbessern.

21. Wir bekräftigen die Notwendigkeit, dass alle Länder bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Rahmen der Grundsätze der Gleichheit und des gegenseitigen Respekts zusammenarbeiten.

Wir stimmen zu, alle Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Entwicklung, weiterhin fair und gleichberechtigt, auf gleicher Grundlage und mit gleicher Betonung zu behandeln.

Wir stimmen zu, die Zusammenarbeit in Fragen von gemeinsamem Interesse sowohl innerhalb der BRICS-Staaten als auch in multilateralen Foren, einschließlich der Generalversammlung der Vereinten Nationen und des Menschenrechtsrats, zu stärken und dabei die Notwendigkeit zu berücksichtigen, Menschenrechte auf nicht selektive, nicht politisierte und konstruktive Weise und ohne Doppelmoral zu fördern, zu schützen und zu erfüllen.

Wir fordern die Achtung von Demokratie und Menschenrechten. In diesem Zusammenhang betonen wir, dass sie sowohl auf der Ebene der globalen Governance als auch auf nationaler Ebene umgesetzt werden sollten.

Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, die Förderung und den Schutz von Demokratie, Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle sicherzustellen, mit dem Ziel, eine bessere gemeinsame Zukunft für die internationale Gemeinschaft auf der Grundlage einer für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit aufzubauen.

22. Wir betonen erneut, dass die einseitigen Zwangsmaßnahmen, unter anderem in Form von einseitigen Wirtschaftssanktionen und sekundären Sanktionen, die gegen das Völkerrecht verstoßen, weitreichende Auswirkungen auf die Menschenrechte der

Bevölkerung der betroffenen Staaten haben, darunter auch das Recht auf Entwicklung. Die Armen und Menschen in prekären Situationen sind davon überproportional betroffen. Daher fordern wir ihre Abschaffung.

23. Wir erinnern an die Durban-Erklärung und das Aktionsprogramm (DDPA) von 2001 und das Ergebnisdokument der Durban-Überprüfungskonferenz von 2009 und erkennen die Notwendigkeit an, den Kampf gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit verbundene Intoleranz sowie Diskriminierung aufgrund von Religion, Glauben oder Weltanschauung und alle ihre zeitgenössischen Formen weltweit, einschließlich der besorgniserregenden Tendenzen zunehmender Hassreden, zu intensivieren, und erkennen die jährliche Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur „Bekämpfung der Verherrlichung des Nationalsozialismus, Neonazismus und anderer Praktiken, die dazu beitragen, moderne Formen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit verbundener Intoleranz zu schüren“ an.

#### **Stärkung der Zusammenarbeit für globale und regionale Stabilität und Sicherheit**

24. Wir unterstützen nachdrücklich einen verstärkten BRICS-Dialog zu politischen und sicherheitspolitischen Fragen.

Wir begrüßen die gemeinsame Erklärung des Treffens der BRICS-Außenminister und -Minister für internationale Beziehungen am 10. Juni 2024 in Nischni Nowgorod und nehmen das 14. Treffen der nationalen Sicherheitsberater und Hohen Repräsentanten der BRICS-Staaten für nationale Sicherheit am 10. und 11. September 2024 in Sankt Petersburg zur Kenntnis.

25. Wir sind weiterhin besorgt über die Zunahme von Gewalt und anhaltende bewaffnete Konflikte in verschiedenen Teilen der Welt, darunter auch solche, die sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene erhebliche Auswirkungen haben.

Wir bekräftigen unser Engagement für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten durch Diplomatie, Vermittlung, inklusiven Dialog und Konsultationen in koordinierter und kooperativer Weise und unterstützen alle Bemühungen, die einer friedlichen Beilegung von Krisen förderlich sind.

Wir betonen die Notwendigkeit, sich an Konfliktpräventionsbemühungen zu beteiligen, auch durch die Bekämpfung ihrer Ursachen.

Wir erkennen die legitimen und vernünftigen Sicherheitsbedenken aller Länder an.

Wir fordern den Schutz des kulturellen Erbes, insbesondere in von Konflikten betroffenen Regionen, um die Zerstörung und den illegalen Handel mit Kulturgütern zu verhindern, die für die Bewahrung der Geschichte und Identität der betroffenen Gemeinschaften von entscheidender Bedeutung sind.



26. Wir betonen, dass Toleranz und friedliche Koexistenz zu den wichtigsten Werten und Prinzipien für die Beziehungen zwischen Nationen und Gesellschaften gehören. In dieser Betrachtung begrüßen wir die Annahme der Resolution 2686 des Sicherheitsrats und anderer UN-Resolutionen in dieser Hinsicht, die von den UN-Mitgliedstaaten einvernehmlich unterstützt werden.

27. Wir bekräftigen die Notwendigkeit der uneingeschränkten Einhaltung des humanitären Völkerrechts in Konfliktsituationen und der Bereitstellung humanitärer Hilfe im Einklang mit den in der Resolution 46/182 der Generalversammlung der Vereinten Nationen festgelegten Grundprinzipien der Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit.

Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, kollektive Antworten auf globale und regionale Herausforderungen und Sicherheitsbedrohungen, einschließlich Terrorismus, zu suchen.

Wir betonen die Notwendigkeit, die Ziele und Grundsätze der UN-Charta einzuhalten.

Wir bekräftigen, dass Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten zwischen Ländern friedlich durch Dialog und Konsultation gelöst werden sollten.

Wir unterstreichen auch die Notwendigkeit, die legitimen und vernünftigen Sicherheitsbedenken aller Länder zu respektieren.

Wir unterstreichen die Notwendigkeit einer vollständigen, gleichberechtigten und sinnvollen Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen, einschließlich Konfliktprävention und -lösung, Friedenssicherung, Friedenskonsolidierung, Wiederaufbau und Entwicklung nach Konflikten sowie Wahrung des Friedens.

28. Wir sind zutiefst besorgt über die anhaltenden Konflikte und Instabilitäten im Nahen Osten und in Nordafrika (MENA) und nehmen die gemeinsame Erklärung der stellvertretenden Außenminister und Sondergesandten der BRICS-Staaten bei ihrem Treffen vom 25. April 2024 zur Kenntnis.

29. Wir betrauern den tragischen Verlust von Zivilistenleben in der jüngsten Zeit und sprechen allen zivilen Opfern und ihren Familien unser Mitgefühl aus.

Wir fordern dringende Maßnahmen im Einklang mit dem Völkerrecht, um den Schutz von Menschenleben zu gewährleisten.

30. Wir bekräftigen unsere tiefe Besorgnis über die Verschlechterung der Lage und die humanitäre Krise im besetzten palästinensischen Gebiet, insbesondere über die beispiellose Eskalation der Gewalt im Gazastreifen und im Westjordanland infolge der israelischen Militäroffensive, die zu Massenmorden und Verletzungen von Zivilisten, Zwangsvertreibungen und großflächiger Zerstörung ziviler Infrastruktur geführt hat.

Wir betonen die dringende Notwendigkeit eines sofortigen, umfassenden und dauerhaften Waffenstillstands im Gazastreifen, der sofortigen und bedingungslosen Freilassung aller

Geiseln und Gefangenen beider Seiten, die illegal gefangen gehalten werden, und der ungehinderten nachhaltigen und großflächigen Versorgung des Gazastreifens mit humanitärer Hilfe sowie der Einstellung aller aggressiven Handlungen.

Wir verurteilen die israelischen Angriffe auf humanitäre Operationen, Einrichtungen, Personal und Verteilungspunkte. Zu diesem Zweck fordern wir die vollständige Umsetzung der Resolutionen 2712 (2023), 2720 (2023), 2728 (2024) und 2735 (2024) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und begrüßen in diesem Zusammenhang die kontinuierlichen Bemühungen der Arabischen Republik Ägypten, des Staates Katar sowie anderer regionaler und internationaler Bemühungen, um einen sofortigen Waffenstillstand zu erreichen, die Bereitstellung humanitärer Hilfe zu beschleunigen und Israels Rückzug aus dem Gazastreifen zu veranlassen.

Wir fordern die Einhaltung des Völkerrechts.

Wir sind außerdem besorgt darüber, dass die weitere Eskalation des Konflikts im Gazastreifen Spannungen, Extremismus und schwerwiegende negative Folgen sowohl regional als auch global schürt.

Wir fordern alle relevanten Parteien auf, mit äußerster Zurückhaltung zu handeln und eskalierende Maßnahmen und provokative Erklärungen zu vermeiden.

Wir erkennen die vorläufigen Maßnahmen des Internationalen Gerichtshofs in dem von Südafrika gegen Israel eingeleiteten Rechtsverfahren an.

Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die Vollmitgliedschaft des Staates Palästina in den Vereinten Nationen im Kontext des unerschütterlichen Bekenntnisses zur Vision einer Zweistaatenlösung auf Grundlage des Völkerrechts, einschließlich der einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats und der Generalversammlung der Vereinten Nationen sowie der Arabischen Friedensinitiative, die die Errichtung eines souveränen, unabhängigen und lebensfähigen Staates Palästina in den international anerkannten Grenzen vom Juni 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt umfasst, der Seite an Seite in Frieden und Sicherheit mit Israel lebt.

31. Wir sind besorgt über die Lage im Südlibanon.

Wir verurteilen den Verlust von Zivilistenleben und die immensen Schäden an der zivilen Infrastruktur infolge der Angriffe Israels auf Wohngebiete im Libanon und fordern die sofortige Einstellung der Militäraktionen.

Wir betonen die Notwendigkeit, die Souveränität und territoriale Integrität des libanesischen Staates zu wahren und Bedingungen für eine politische und diplomatische Lösung zu schaffen, um Frieden und Stabilität im Nahen Osten zu sichern, und unterstreichen gleichzeitig die Bedeutung der strikten Einhaltung der Resolutionen 1701 (2006) und 2749 (2024) des UN-Sicherheitsrats.

Wir verurteilen aufs Schärfste Angriffe auf UN-Personal und Bedrohungen seiner Sicherheit und fordern Israel auf, derartige Aktivitäten unverzüglich einzustellen.

32. Wir bringen unsere Besorgnis über die zunehmenden Fälle von Terroranschlägen zum Ausdruck, die mit IKT-Kapazitäten in Verbindung stehen. In diesem Zusammenhang verurteilen wir den vorsätzlichen Terroranschlag der Detonation tragbarer Kommunikationsgeräte in Beirut am 17. September 2024, der zum Tod und zur Verletzung von Dutzenden Zivilisten führte.

Wir bekräftigen, dass diese Angriffe einen schweren Verstoß gegen das Völkerrecht darstellen.

33. Wir betonen, wie wichtig es ist, die Ausübung der Navigationsrechte und -freiheiten aller Staaten im Roten Meer und in der Meerenge von Bab Al-Mandab im Einklang mit dem Völkerrecht sicherzustellen.

Wir ermutigen alle zehn Parteien, diesbezüglich verstärkte diplomatische Bemühungen zu unternehmen, auch indem sie sich mit den Ursachen des Konflikts befassen, und den Dialog und den Friedensprozess im Jemen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen weiter zu unterstützen.

34. Wir betonen, dass die Souveränität und territoriale Integrität Syriens strikt eingehalten werden müssen.

Wir verurteilen die illegale ausländische Militärpräsenz, die zu einem erhöhten Risiko eines groß angelegten Konflikts in der Region führt.

Wir betonen, dass illegale einseitige Sanktionen das Leid des syrischen Volkes erheblich verschlimmern.

35. Wir verurteilen den Angriff Israels auf die diplomatischen Räumlichkeiten der Islamischen Republik Iran in der syrischen Hauptstadt Damaskus am 1. April 2024, der einen Verstoß gegen das Grundprinzip der Unverletzlichkeit diplomatischer und konsularischer Räumlichkeiten gemäß dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1961 und dem Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen von 1963 darstellt.

36. Wir erinnern an die nationalen Positionen zur Lage in und um die Ukraine, wie sie in den entsprechenden Foren, einschließlich des UN-Sicherheitsrats und der Generalversammlung der Vereinten Nationen, zum Ausdruck gebracht wurden.

Wir betonen, dass alle Staaten im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der UN-Charta in ihrer Gesamtheit und in ihren Zusammenhängen handeln sollten.

Wir nehmen mit Anerkennung relevante Vorschläge für Vermittlung und gute Dienste zur Kenntnis, die auf eine friedliche Lösung des Konflikts durch Dialog und Diplomatie abzielen.

37. Wir betonen die Bedeutung der vollständigen Umsetzung des JCPOA, das durch die UNSCR 2231 (2015) gebilligt wurde, und unterstreichen die Bedeutung eines konstruktiven

Ansatzes, der auf dem guten Willen aller relevanten Akteure beruht, um die vollständige Umsetzung der JCPOA-Verpflichtungen durch alle Seiten wiederaufzunehmen.

38. Wir bekräftigen, dass das Prinzip „Afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme“ weiterhin als Grundlage für die Konfliktlösung auf dem afrikanischen Kontinent dienen sollte. In dieser Betrachtung erkennen wir die entscheidende Rolle der Afrikanischen Union bei der Prävention, Bewältigung und Lösung von Konflikten in Afrika an.

Wir bekräftigen unsere Unterstützung für afrikanische Friedensbemühungen auf dem Kontinent, einschließlich derjenigen, die von der Afrikanischen Union und afrikanischen subregionalen Organisationen im Einklang mit den Grundsätzen afrikanischer Eigenverantwortung, Komplementarität und Subsidiarität unternommen werden.

39. Wir würdigen die Bemühungen und Erfolge der afrikanischen Länder in ihrem Streben nach Frieden und Entwicklung sowie bei der Bekämpfung der wachsenden Geißel des Terrorismus in Afrika, insbesondere am Horn von Afrika und in der Sahelzone, und fordern die Bereitstellung von mehr globalen Mitteln zur Terrorismusbekämpfung für Entwicklungsländer, um afrikanischen Ländern, insbesondere den Betroffenen, beim Ausbau ihrer Kapazitäten zur Terrorismusbekämpfung zu helfen.

Wir würdigen die Bemühungen der afrikanischen Länder, der Afrikanischen Union, afrikanischer subregionaler Organisationen und der Vereinten Nationen zur Förderung des Friedensprozesses in Südsudan, zur Stabilisierung der Lage in der Zentralafrikanischen Republik sowie den Erfolg der von der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (SADC) unterstützten Regierung Mosambiks bei der Bekämpfung der terroristischen Bedrohung im Norden des Landes.

40. Wir sind zutiefst besorgt über die eskalierende Gewalt und die humanitäre Krise im Sudan und bekräftigen unsere Forderung nach einem sofortigen, dauerhaften und bedingungslosen Waffenstillstand und einer friedlichen Lösung des Konflikts mit der Teilnahme an Friedensgesprächen als einzigem Weg zur Beendigung dieses Konflikts, einem dauerhaften, dringenden und ungehinderten Zugang der sudanesischen Bevölkerung zu humanitärer Hilfe und einer Aufstockung der humanitären Hilfe für den Sudan und die Nachbarstaaten.

Wir verurteilen den Angriff auf die Residenz des Missionsleiters der Botschaft der Vereinigten Arabischen Emirate im Sudan am 29. September 2024, der in den Räumlichkeiten in einem Wohngebiet in Khartum erheblichen Schaden angerichtet hat.

Wir betonen das Grundprinzip der Unverletzlichkeit diplomatischer und konsularischer Räumlichkeiten und die Verpflichtungen der Empfangsstaaten, unter anderem im Rahmen des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen von 1961 und des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen von 1963.

41. Wir verurteilen den brutalen Bandenangriff in Pont Sondé in Haiti, der zum Tod und zur Vertreibung von Zivilisten führte, und äußern unsere tiefe Besorgnis über die fortschreitende Verschlechterung der Sicherheits-, humanitären und wirtschaftlichen Lage in Haiti.

Wir begrüßen die Einrichtung eines Übergangspräsidentenrats und die Schaffung eines Wahrats als wesentliche Schritte zur Lösung der gegenwärtigen Krise.

Wir betonen, dass die gegenwärtige Krise eine von Haiti geführte Lösung erfordert, die einen nationalen und umfassenden Dialog sowie Konsensbildung zwischen den lokalen politischen Kräften, Institutionen und der Gesellschaft umfasst, und rufen die internationale Gemeinschaft auf, die Bemühungen der Übergangsregierung zu unterstützen, die Banden zu zerschlagen, die Sicherheitslage zu verbessern und die Grundlagen für eine dauerhafte soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Land zu schaffen sowie bis Ende 2025 allgemeine Wahlen abzuhalten.

Wir unterstützen die Rolle der Vereinten Nationen bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe und betonen die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit, um die vielschichtigen Krisen Haitis wirksam anzugehen.

42. Wir betonen die Notwendigkeit einer dringenden friedlichen Lösung in Afghanistan, um die regionale Sicherheit und Stabilität zu stärken.

Wir treten für Afghanistan als einen unabhängigen, geeinten und friedlichen Staat ein, der frei von Terrorismus, Krieg und Drogen ist.

Wir fordern sichtbarere und überprüfbarere Maßnahmen in Afghanistan, um sicherzustellen, dass das Territorium Afghanistans nicht von Terroristen genutzt wird.

Wir betonen die Notwendigkeit, dem afghanischen Volk dringende und ununterbrochene humanitäre Hilfe zu leisten und die Grundrechte aller Afghanen, einschließlich Frauen, Mädchen und verschiedener ethnischer Gruppen, zu schützen.

Wir fordern die afghanischen Behörden auf, das faktische Verbot der Sekundar- und Hochschulbildung für Mädchen aufzuheben.

Wir betonen die vorrangige und wirksame Rolle regionaler Plattformen und Nachbarländer Afghanistans und begrüßen die Bemühungen solcher regionaler Plattformen und Initiativen zur Erleichterung der Lösung des Afghanistan-Konflikts.

43. Wir fordern die Stärkung der Nichtverbreitung und Abrüstung, um die globale Stabilität sowie den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit zu schützen und aufrechtzuerhalten.

Wir weisen auf die überragende Bedeutung der Bemühungen hin, die Umsetzung der Resolutionen zur Schaffung einer von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen Osten zu beschleunigen, einschließlich der gemäß Beschluss 73/546 der Generalversammlung der Vereinten Nationen einberufenen Konferenz.

Wir fordern alle eingeladenen Parteien auf, in gutem Glauben an dieser Konferenz teilzunehmen und sich konstruktiv an diesen Bemühungen zu beteiligen.

44. Wir fordern außerdem die vollständige Umsetzung der Resolution 1540 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die den Staaten einen wichtigen Anstoß für die Verabschiedung wirksamer und robuster Maßnahmen auf nationaler Ebene bietet, um zu verhindern, dass Massenvernichtungswaffen, ihre Trägersysteme und dazugehörige Materialien in die Hände nichtstaatlicher Akteure, darunter Terroristen, fallen, sowie für die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene zu diesem Zweck.

45. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die Sicherstellung der langfristigen Nachhaltigkeit von Weltraumaktivitäten und die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum (PAROS) und seiner Bewaffnung, unter anderem durch Verhandlungen zur Annahme eines entsprechenden multilateralen Rechtsinstruments zur Gewährleistung der globalen Sicherheit.

Wir erkennen die Vorlage des aktualisierten Entwurfs eines Vertrags zur Verhinderung der Stationierung von Waffen im Weltraum und der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen Weltraumobjekte (PPWT) bei der Abrüstungskonferenz im Jahr 2014 als einen wichtigen Schritt zur Erreichung dieses Ziels an.

Wir begrüßen die einvernehmliche Annahme des Berichts der UN-Gruppe von Regierungsexperten über weitere praktische Maßnahmen zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum am 16. August 2024, der wesentliche Elemente eines rechtsverbindlichen Instruments zu PAROS enthielt.

Wir betonen, dass praktische und nicht verbindliche Verpflichtungen wie Transparenz- und vertrauensbildende Maßnahmen (TCBMs) sowie allgemein anerkannte Normen, Regeln und Grundsätze ebenfalls zu PAROS beitragen können.

46. Unter Hinweis auf die jeweiligen Verpflichtungen unserer Staaten im Bereich der Exportkontrollen, die sich aus einschlägigen international anerkannten Rechtsinstrumenten ergeben, unterstreichen wir unsere Entschlossenheit, den Dialog und die Zusammenarbeit in diesem Bereich zu verstärken und dabei das notwendige Gleichgewicht zwischen Nichtverbreitung und friedlicher Nutzung von Technologie gebührend zu berücksichtigen und gleichzeitig die legitimen Rechte der Staaten auf Teilnahme am größtmöglichen Austausch wissenschaftlicher und technologischer Informationen, Ausrüstungen und Materialien für friedliche Zwecke zu gewährleisten.

47. Wir bekräftigen unsere eindeutige Verurteilung des Terrorismus in allen seinen Formen und Erscheinungsformen, egal, wann, wo und von wem er begangen wird, und bekräftigen, dass er nicht mit einer Religion, Nationalität, Zivilisation oder ethnischen Gruppe in Verbindung gebracht werden darf.

Wir betonen, dass der Terrorismus eine gemeinsame Bedrohung darstellt, die einen umfassenden und ausgewogenen Ansatz auf globaler und regionaler Ebene erfordert, bei dem die nationalen Prioritäten der Staaten angemessen berücksichtigt werden.

Wir verpflichten uns, die internationale und regionale Zusammenarbeit zur Verhütung und Bekämpfung terroristischer Bedrohungen auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung der Souveränität und Sicherheit der Staaten und im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht weiter zu verstärken.

Wir erkennen an, dass die Staaten die Hauptverantwortung für die Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus tragen, wobei die Vereinten Nationen in diesem Bereich weiterhin eine zentrale und koordinierende Rolle spielen.

Wir erkennen an, dass alle terroristischen Handlungen, unabhängig von ihren Motiven, kriminell und nicht zu rechtfertigen sind, und betonen die Notwendigkeit, eine starke kollektive Reaktion auf die anhaltenden und neu entstehenden terroristischen Bedrohungen ohne Doppelmoral sicherzustellen.

Wir lehnen alle Versuche ab, Fragen der Terrorismusbekämpfung zu politisieren und terroristische Gruppen zur Erreichung politischer Ziele einzusetzen.

Wir verpflichten uns, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die Verbreitung terroristischer Ideologie und Radikalisierung, den Missbrauch moderner Technologien für terroristische Zwecke, die grenzüberschreitende Bewegung von Terroristen, die Terrorismusfinanzierung und andere Formen der Terrorismusunterstützung, die Anstiftung zur Begehung terroristischer Handlungen sowie die Rekrutierung ausländischer terroristischer Kämpfer zu verhindern und zu unterbinden.

Wir fordern eine rasche Fertigstellung und Annahme des Umfassenden Übereinkommens über den internationalen Terrorismus im Rahmen der Vereinten Nationen.

Wir fordern konzertierte Maßnahmen gegen alle von den Vereinten Nationen als Terroristen eingestuft Terroristen und terroristischen Organisationen.

48. Wir freuen uns darauf, die praktische Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung weiter zu stärken.

Wir begrüßen die Aktivitäten der BRICS-Arbeitsgruppe zur Terrorismusbekämpfung (CTWG) und ihrer fünf Untergruppen auf der Grundlage der BRICS-Strategie zur Terrorismusbekämpfung und des BRICS-Aktionsplans zur Terrorismusbekämpfung, einschließlich der Annahme des Positionspapiers der CTWG.

49. Wir bekräftigen unser Engagement für die Verhütung und Bekämpfung illegaler Finanzströme, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Drogenhandel, Korruption und des Missbrauchs neuer Technologien, einschließlich Kryptowährungen, für illegale und terroristische Zwecke.

Wir bekräftigen unser Engagement für die Grundsätze des technischen und unpolitisierten Charakters der internationalen Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung, auch zum Zweck der Verhütung und Ermittlung finanzieller Spuren dieser Verbrechen.

Wir weisen auf die Notwendigkeit hin, diese Zusammenarbeit auf der Grundlage der einschlägigen internationalen Rechtsinstrumente, denen die BRICS-Länder beigetreten sind, weiter zu stärken, darunter einschlägige UN-Konventionen und -Resolutionen, regionale Konventionen und Verträge.

50. Wir fordern einen verstärkten Dialog innerhalb der BRICS-Staaten zu den Themen Geldwäsche und Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung unter Beteiligung der relevanten Interessengruppen.

Wir betonen, wie wichtig es ist, Bedingungen für die sichere Entwicklung der jüngeren Generation zu schaffen, das Risiko ihrer Beteiligung an illegalen Aktivitäten zu verringern, und begrüßen die Entwicklung relevanter internationaler Projekte unter Beteiligung junger Menschen.

51. Wir sind besorgt über die Situation der illegalen Drogenproduktion, des illegalen Drogenhandels und des Drogenmissbrauchs weltweit und erkennen an, dass sie die öffentliche Sicherheit und die internationale und regionale Stabilität, die Gesundheit, Sicherheit und das Wohlergehen der Menschheit ernsthaft bedroht und die nachhaltige Entwicklung der Staaten untergräbt.

Wir bekräftigen unser Engagement für den bestehenden internationalen Mechanismus der Drogenkontrolle, der auf drei UN-Drogenkontrollübereinkommen basiert.

Wir erkennen an, wie wichtig es ist, die Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung zu verbessern und die Kontakte zwischen den BRICS-Strafverfolgungsbehörden zu stärken, und begrüßen in diesem Zusammenhang die gemeinsame Erklärung, die auf dem Treffen der BRICS-Arbeitsgruppe zur Drogenbekämpfung am 22. Mai 2024 in Moskau angenommen wurde.

52. Wir betrachten die Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität als einen der Schlüsselbereiche für die internationale Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden.

Wir weisen auch darauf hin, dass diese Zusammenarbeit nicht politisiert werden darf, da dies der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung schaden kann.

Wir sind besonders besorgt über Straftaten, die die Umwelt betreffen und die angegangen werden müssen.

53. Wir sind entschlossen, die BRICS-Zusammenarbeit bei der Prävention und Bekämpfung von Korruption zu fördern und unsere Koordination bei wichtigen Fragen der internationalen Antikorruptionsagenda, einschließlich der Konvention der Vereinten Nationen gegen Korruption, zu stärken.

Wir sind entschlossen, unsere Verpflichtung einzuhalten und fordern die internationale Gemeinschaft auf, die Zusammenarbeit bei der Verweigerung von sicheren Häfen für Korruption zu stärken.



Wir begrüßen das Dokument „Formulierung der gemeinsamen Vision und gemeinsamen Maßnahmen der BRICS für eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Korruptionsbekämpfung sowie für die Wiedererlangung und Rückgabe von Vermögenswerten und Erträgen aus Korruption“ und legen Wert darauf, es im Einklang mit unseren nationalen Rahmenbedingungen in die Praxis umzusetzen.

Wir begrüßen die Veröffentlichung der analytischen Notiz zur Wiedererlangung von Vermögenswerten in BRICS-Ländern durch die Antikorruptions-Arbeitsgruppe (ACWG) und ihre Bemühungen, die Zusammenarbeit zwischen unseren Praktikern bei der Wiedererlangung von Vermögenswerten zu intensivieren.

Wir loben die ACWG auch für die Aktualisierung des Dokuments über die BRICS-Kooperation bei der Aufklärung über Korruptionsbekämpfung, dem Wissensaustausch und dem Kapazitätsaufbau, das unsere gemeinsamen Erfolge, darunter eine Reihe von Experteninitiativen, die in diesem Jahr abgehalten wurden, bewertet und einen Weg nach vorn in diesem Schwerpunktbereich aufzeigt.

54. Wir erkennen das enorme Potenzial der IKT zur Überbrückung der digitalen Kluft für sozioökonomisches Wachstum und Entwicklung an.

Wir erkennen auch die Herausforderungen und Bedrohungen an, die aus dem digitalen Bereich und innerhalb des digitalen Bereichs erwachsen.

Wir fordern einen umfassenden, ausgewogenen, objektiven Ansatz für die Entwicklung und Sicherheit von IKT-Produkten und -Systemen sowie für die Entwicklung und Umsetzung global interoperabler gemeinsamer Regeln und Standards für die Sicherheit der Lieferkette.

Wir sind besorgt über die zunehmende Häufigkeit und Raffinesse der böswilligen Nutzung von IKT. In dieser Hinsicht betonen wir die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung der Nutzung von IKT für kriminelle Zwecke und sehen daher der Annahme des Entwurfs der UN-Konvention gegen Cyberkriminalität auf der 79. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen erwartungsvoll entgegen. Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung bestimmter Verbrechen, die mithilfe von Informations- und Kommunikationstechnologiesystemen begangen werden, sowie zur Sammlung, Aufbewahrung und Weitergabe von Beweismitteln in elektronischer Form für schwere Verbrechen.

Wir glauben auch, dass technische Unterstützung und Kapazitätsaufbau grundlegend für die Entwicklung von Ressourcen, Fähigkeiten, Strategien und Institutionen sind, die zur Erhöhung der Sicherheit von Staaten bei gleichzeitiger Verbesserung der IKT-Resilienz und zur Beschleunigung der digitalen Transformation von Staaten erforderlich sind, wobei die Interessen und Bedürfnisse von Entwicklungsländern besonders berücksichtigt werden.

Wir unterstreichen die führende Rolle der Vereinten Nationen bei der Förderung des Dialogs zur Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses hinsichtlich der Sicherheit und Nutzung von IKT, einschließlich Diskussionen über die Entwicklung eines universellen Rechtsrahmens in diesem Bereich und die weitere Entwicklung und Umsetzung universell

vereinbarter Normen, Regeln und Grundsätze für ein verantwortungsvolles Verhalten von Staaten bei der Nutzung von IKT.

Wir loben die laufende Arbeit der UN OEWG zur Sicherheit von und bei der Nutzung von IKT 2021-2025 als einzigen globalen und umfassenden Mechanismus zu diesem Thema und unterstützen die Einrichtung eines einheitlichen, staatlich geführten permanenten Mechanismus unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen im Konsensverfahren, der dem Ersten Ausschuss der Generalversammlung der Vereinten Nationen Bericht erstattet, und erkennen die Bedeutung des Konsensprinzips sowohl hinsichtlich der Einrichtung des zukünftigen Mechanismus selbst als auch hinsichtlich der Entscheidungsprozesse des Mechanismus an.

Wir sind entschlossen, die Achtung der Souveränität und souveränen Gleichheit der Staaten im IKT-Umfeld zu fördern, und lehnen einseitige Maßnahmen ab, die die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich, einschließlich der Nachhaltigkeit globaler Lieferketten, untergraben könnten.

55. Wir erkennen die Fortschritte bei der Förderung der BRICS-Zusammenarbeit gemäß der Roadmap für praktische Zusammenarbeit zur Gewährleistung der Sicherheit bei der Nutzung von IKT und ihrem Fortschrittsbericht an, einschließlich der Einrichtung und weiteren Operationalisierung des BRICS-Kontaktstellenverzeichnisses für eine pragmatische Zusammenarbeit zwischen nationalen Stellen, die für die Reaktion auf IKT-Vorfälle als vertrauensbildende Maßnahme zuständig sind.

Wir unterstreichen die Bedeutung der Einrichtung von Kooperationsrahmen zwischen den BRICS-Mitgliedsstaaten zur Gewährleistung der Sicherheit bei der Nutzung von IKT.

Wir erkennen auch die Notwendigkeit an, die praktische Zusammenarbeit innerhalb der BRICS-Staaten durch die Aktivitäten der BRICS-Arbeitsgruppe zur Sicherheit bei der Nutzung von IKT voranzutreiben.

56. Wir äußern unsere ernsthafte Besorgnis über die exponentielle Verbreitung und Verbreitung von Desinformation, Fehlinformation, einschließlich der Verbreitung falscher Narrative und Fake News, sowie Hassreden, insbesondere auf digitalen Plattformen, die Radikalisierung und Konflikte befeuern. Während wir unser Bekenntnis zur Souveränität der Staaten bekräftigen, betonen wir die Bedeutung der Informationsintegrität und der Gewährleistung des freien Flusses und des öffentlichen Zugangs zu genauen, faktenbasierten Informationen, einschließlich der Meinungs- und Redefreiheit sowie der digitalen und Medienkompetenz, um eine sinnvolle Konnektivität im Einklang mit geltendem nationalen und internationalen Recht zu ermöglichen. Förderung der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit für eine gerechte globale Entwicklung

57. Unter Hinweis auf die Johannesburg-II-Erklärung von 2023 bekräftigen wir unsere feste Überzeugung, dass multilaterale Zusammenarbeit von wesentlicher Bedeutung ist, um die

Risiken zu begrenzen, die sich aus der geopolitischen und geoökonomischen Fragmentierung ergeben, und verpflichten uns, die Bemühungen in Bereichen von beiderseitigem Interesse zu intensivieren, darunter, aber nicht beschränkt auf, Handel, Armuts- und Hungerbekämpfung, nachhaltige Entwicklung, einschließlich des Zugangs zu Energie, Wasser und Nahrungsmitteln, Kraftstoffen, Düngemitteln sowie Abschwächung und Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels, Bildung und Gesundheit, einschließlich Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion.

58. Wir betonen die Bedeutung der vollständigen Umsetzung der auf der dritten internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung im Jahr 2015 verabschiedeten Aktionsagenda von Addis-Abeba und der wirksamen Teilnahme der Entwicklungsländer an der vierten internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung, die vom 30. Juni bis 3. Juli 2025 in Spanien stattfinden wird.

Wir rufen die Industrieländer auf, ihre Verpflichtung zur Entwicklungsfinanzierung einzuhalten und ihre Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in verschiedenen Entwicklungsbereichen zu fördern, darunter Steuern, Schulden, Handel, öffentliche Entwicklungshilfe, Technologietransfer und Reform der internationalen Finanzarchitektur.

59. Wir unterstreichen die Notwendigkeit einer Reform der derzeitigen internationalen Finanzarchitektur, um den globalen finanziellen Herausforderungen zu begegnen, einschließlich der globalen Wirtschaftsführung, um die internationale Finanzarchitektur integrativer und gerechter zu gestalten.

60. Wir stellen fest, dass die hohen Schuldenstände in einigen Ländern den erforderlichen fiskalischen Spielraum verringern, um die laufenden Entwicklungsprobleme zu bewältigen, die durch die Spillover-Effekte externer Schocks, insbesondere durch Schwankungen der Finanz- und Geldpolitik in einigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, sowie durch die inhärenten Probleme der internationalen Finanzarchitektur noch verschärft werden. Hohe Zinssätze und strengere Finanzierungsbedingungen verschärfen die Schuldenanfälligkeit vieler Länder.

Wir glauben, dass es notwendig ist, die internationale Verschuldung angemessen und ganzheitlich anzugehen, um die wirtschaftliche Erholung und eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen, wobei die Gesetze und internen Verfahren jedes Landes zu berücksichtigen sind und eine nachhaltige Auslandsverschuldung und fiskalische Umsicht erforderlich sind. Wir erkennen die Notwendigkeit an, die Schuldenanfälligkeit sowohl der Länder mit niedrigem als auch mit mittlerem Einkommen wirksam, umfassend und systematisch anzugehen. Eines der Instrumente, um Schuldenrisiken gemeinsam anzugehen, ist unter anderem die vorhersehbare, geordnete, rechtzeitige und koordinierte Umsetzung des Gemeinsamen Rahmens der G20 zur Schuldenbehandlung unter Beteiligung offizieller bilateraler Gläubiger, privater Gläubiger und multilateraler Entwicklungsbanken (MDBs) im Einklang mit dem Grundsatz des gemeinsamen Handelns und der gerechten Lastenverteilung.

61. Wir erkennen an, dass die Verwendung von Mischfinanzierungen ein wirksamer Weg ist, um privates Kapital für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten zu mobilisieren.

Wir weisen auf die wichtige Rolle multilateraler Entwicklungsbanken und Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen, insbesondere nationaler Entwicklungsbanken, hin, die Verwendung von Mischfinanzierungen und anderen Instrumenten institutionell zu steigern und so zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele im Einklang mit den länderspezifischen Bedürfnissen und Prioritäten beizutragen. Zu diesem Zweck loben wir die Arbeit der BRICS Public-Private Partnership and 17 Infrastructure Task Force und unterstützen ihren technischen Bericht über Mischfinanzierungen für Infrastrukturprojekte.

62. Wir erkennen die Schlüsselrolle der Neuen Entwicklungsbank (NDB) bei der Förderung der Infrastruktur und der nachhaltigen Entwicklung ihrer Mitgliedsländer an.

Wir unterstützen die weitere Entwicklung der NDB und die Verbesserung der Unternehmensführung und der operativen Effizienz im Hinblick auf die Erfüllung der Allgemeinen Strategie der NDB für 2022–2026.

Wir unterstützen die NDB bei der kontinuierlichen Ausweitung der Finanzierung in lokaler Währung und der Stärkung der Innovation bei Investitions- und Finanzierungsinstrumenten.

Wir ermutigen die Bank, sich an den Prinzipien der Mitgliederführung und Nachfrage zu orientieren und innovative Finanzierungsmechanismen einzusetzen, um Finanzierungen aus diversifizierten Quellen zu mobilisieren. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Initiative zur Schaffung einer neuen Investitionsplattform, um die bestehende institutionelle Infrastruktur der NDB zu nutzen und den Investitionsfluss in die BRICS-Länder und die Mechanismen des Globalen Südens anzukurbeln.

Wir unterstützen die Verbesserung des Kapazitätsaufbaus und des Wissensaustauschs, unter anderem durch den Aufbau von Synergien mit Wissensquellen aus Entwicklungsländern, die Unterstützung der Mitgliedsländer bei der Erreichung der SDGs und die weitere Verbesserung der Effizienz und Effektivität zur Erfüllung ihres Mandats mit dem Ziel, eine führende multilaterale Entwicklungsinstitution für EMDCs zu sein.

Wir stimmen zu, die Neue Entwicklungsbank gemeinsam zu einer neuen Art von MDB im 21. Jahrhundert zu entwickeln.

Wir fordern die Bank auf, ihren Zweck und ihre Funktionen in Übereinstimmung mit der Satzung der Neuen Entwicklungsbank auf faire und diskriminierungsfreie Weise auszuführen.

Wir unterstützen den weiteren Ausbau der NDB-Mitgliedschaft und die beschleunigte Prüfung der Anträge der BRICS-Länder im Einklang mit der allgemeinen NDB-Strategie und den damit verbundenen Richtlinien.

63. Wir begrüßen den Schwerpunkt des Interbanken-Kooperationsmechanismus (ICM) der BRICS auf die Förderung und Ausweitung innovativer Finanzpraktiken und -ansätze für Projekte und Programme, einschließlich der Suche nach akzeptablen Finanzierungsmechanismen in lokalen Währungen.

Wir begrüßen einen fortgesetzten Dialog zwischen dem ICM und der NDB.

64. Wir erkennen die wichtige Rolle der Zusammenarbeit der BRICS-Länder bei der Bewältigung von Risiken und Herausforderungen für die Weltwirtschaft an, um eine globale Erholung und nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, die makroökonomische Politikkoordination zu verbessern, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen und auf eine starke, nachhaltige, ausgewogene und integrative wirtschaftliche Erholung hinzuarbeiten.

Wir betonen die Bedeutung der fortgesetzten Umsetzung der Strategie für die BRICS-Wirtschaftspartnerschaft 2025 in allen relevanten Ministerien und Arbeitsgruppen.

65. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, die finanzielle Zusammenarbeit innerhalb der BRICS-Länder zu verstärken.

Wir erkennen die weitreichenden Vorteile schnellerer, kostengünstigerer, effizienterer, transparenterer, sichererer und umfassenderer grenzüberschreitender Zahlungsinstrumente an, die auf dem Prinzip der Minimierung von Handelshemmnissen und des diskriminierungsfreien Zugangs basieren.

Wir begrüßen die Verwendung lokaler Währungen bei Finanztransaktionen zwischen den BRICS-Ländern und ihren Handelspartnern.

Wir befürworten die Stärkung der Korrespondenzbanknetzwerke innerhalb der BRICS und die Ermöglichung von Abrechnungen in lokalen Währungen im Einklang mit der BRICS Cross-Border Payments Initiative (BCBPI), die freiwillig und nicht bindend ist, und freuen uns auf weitere Diskussionen in diesem Bereich, auch in der BRICS Payment Task Force.

66. Wir erkennen an, wie wichtig es ist, die Durchführbarkeit der Vernetzung der Finanzmarktinfrastruktur der BRICS-Länder zu prüfen.

Wir stimmen zu, die Durchführbarkeit der Einrichtung einer unabhängigen grenzüberschreitenden Abwicklungs- und Depotinfrastruktur, BRICS Clear, zu erörtern und zu untersuchen. BRICS Clear ist eine Initiative zur Ergänzung der bestehenden Finanzmarktinfrastruktur sowie der unabhängigen Rückversicherungskapazitäten der BRICS, einschließlich der BRICS (Re)Insurance Company, wobei die Teilnahme auf freiwilliger Basis erfolgen soll.

67. Wir beauftragen unsere Finanzminister und Zentralbankgouverneure, soweit angemessen, die Prüfung der Frage der lokalen Währungen, Zahlungsinstrumente und

Plattformen fortzusetzen und uns bis zur nächsten Präsidentschaft darüber Bericht zu erstatten.

68. Wir erkennen an, dass das BRICS Contingent Reserve Arrangement (CRA) ein wichtiger Mechanismus ist, um kurzfristigen Zahlungsbilanzdruck vorzubeugen und die Finanzstabilität weiter zu stärken.

Wir bringen unsere starke Unterstützung für die Verbesserung des CRA-Mechanismus durch die Vorstellung alternativer zulässiger Währungen zum Ausdruck und begrüßen die Fertigstellung der Änderungen an den CRA-Dokumenten.

Wir würdigen den erfolgreichen Abschluss des 7. CRA-Testlaufs und der fünften Ausgabe des BRICS-Wirtschaftsbulletins mit dem Titel „BRICS-Volkswirtschaften in einem Umfeld mit höheren Zinsen“.

69. Wir würdigen die Ergebnisse der ersten grenzüberschreitenden BRICS Rapid Information Security Channel (BRISC)-Übungen, die die Cyber-Resilienz der BRICS-Länder im Finanzsektor weiter stärken werden.

70. Wir betonen, dass sichere, belastbare, stabile, effektive und offene Lieferketten für eine nachhaltige Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind. In Anerkennung der Rolle der BRICS-Mitglieder als weltgrößte Produzenten natürlicher Ressourcen unterstreichen wir die Bedeutung einer Stärkung der Zusammenarbeit der BRICS-Mitglieder über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg und vereinbaren gemeinsame Maßnahmen mit dem Ziel, einseitige protektionistische Maßnahmen zu bekämpfen, die mit den bestehenden WTO-Bestimmungen unvereinbar sind.

71. Besorgt über den rasanten Digitalisierungsprozess aller Aspekte des menschlichen Lebens im 21. Jahrhundert unterstreichen wir die Schlüsselrolle von Daten für die Entwicklung und die Notwendigkeit, das Engagement innerhalb der BRICS-Staaten zur Lösung dieses Problems zu intensivieren.

Wir betonen, dass eine faire, inklusive und gerechte Datenverwaltung von entscheidender Bedeutung ist, damit Entwicklungsländer die Vorteile der digitalen Wirtschaft und neuer Technologien, einschließlich künstlicher Intelligenz, nutzen können.

Wir fordern die Entwicklung eines fairen und gerechten globalen Rahmens für die Datenverwaltung, einschließlich grenzüberschreitender Datenströme, um die Grundsätze der Erhebung, Speicherung, Nutzung und Übertragung von Daten zu handeln, die Interoperabilität von Datenpolitikrahmen auf allen Ebenen sicherzustellen und die monetären und nicht-monetären Vorteile von Daten mit Entwicklungsländern zu verteilen.

72. Wir betonen, dass der elektronische Handel zu einem wichtigen Motor des globalen Wirtschaftswachstums geworden ist, der den internationalen Handel mit Waren und

Dienstleistungen fördert, ausländische Investitionsströme sicherstellt und Innovationen erleichtert.

Wir sind entschlossen, das Vertrauen in den elektronischen Handel weiter zu stärken und einen umfassenden Schutz der Rechte der am elektronischen Handel beteiligten Parteien zu gewährleisten, indem wir die Zusammenarbeit in den Bereichen Nutzung digitaler Technologien zum Schutz der Verbraucherrechte intensivieren, Online-Tools zur Streitbeilegung erkunden und ein günstiges Umfeld für Unternehmen schaffen, um in globale Märkte einzutreten. Außerdem führen wir einen Meinungsaustausch über die Frage des Handels mit Produkten mit geringem Wert über den grenzüberschreitenden elektronischen Handel.

73. Wir sind uns einig, dass die Belastbarkeit der Lieferketten und der ungehinderte Handel in der Landwirtschaft neben der inländischen Produktion von entscheidender Bedeutung für die Gewährleistung der Ernährungssicherheit und des Lebensunterhalts sind, insbesondere für Landwirte mit niedrigem Einkommen oder ressourcenarmen Verhältnissen sowie für Entwicklungsländer, die Netto-Lebensmittel importieren.

Wir erkennen die Bemühungen zur Unterstützung von Kleinbauern als wichtigen Teil des nationalen Landwirtschaftssystems an.

Wir begrüßen die Konferenz über Ernährungssicherheit und nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung, die am 27. und 28. Juni 2024 in Moskau stattfindet, und freuen uns auf den bevorstehenden Weltgipfel zur Ernährungssicherheit, der vom 26. bis 28. November 2024 in Abu Dhabi stattfinden wird.

Wir bekräftigen die Notwendigkeit, ein faires Agrarhandelssystem zu entwickeln und eine widerstandsfähige und nachhaltige Landwirtschaft umzusetzen.

Wir verpflichten uns, Störungen zu minimieren und einen regelbasierten Handel mit Agrarprodukten und Düngemitteln zu fördern, um einen kontinuierlichen Fluss von Nahrungsmitteln und wichtigen Inputs für die landwirtschaftliche Produktion sicherzustellen, die von unangemessenen, mit den WTO-Regeln unvereinbaren restriktiven Wirtschaftsmaßnahmen ausgenommen werden sollten, einschließlich derjenigen, die Erzeuger und Exporteure von Agrarprodukten sowie Unternehmensdienstleistungen im Hinblick auf internationale Sendungen betreffen. In dieser Hinsicht begrüßen wir die Initiative der russischen Seite, eine Handelsplattform für Getreide (Rohstoffe) innerhalb der BRICS (die BRICS-Getreidebörse) einzurichten und diese anschließend weiterzuentwickeln, einschließlich der Ausweitung auf andere Agrarsektoren.

74. Wir erkennen die Wirksamkeit der Sonderwirtschaftszonen (SEZs) der BRICS-Länder als gut etablierten Mechanismus für Handel und industrielle Zusammenarbeit und die Erleichterung der Produktion an, einschließlich, aber nicht beschränkt auf, die Hochtechnologiesektoren der Wirtschaft, IT und IT-gestützte Dienstleistungen, Tourismus, Hafen- und Transportinfrastruktur, Entwicklung und Kommerzialisierung von Technologien sowie die Produktion neuer Arten von Mehrwertprodukten.

Wir erkennen auch an, dass Sonderwirtschaftszonen enorme Möglichkeiten bieten, zusätzliche Investitionen in vorrangige Bereiche der wirtschaftlichen Entwicklung zu fördern.

Wir begrüßen die Einrichtung eines Forums für die Zusammenarbeit in Bezug auf Sonderwirtschaftszonen der BRICS-Länder.

Wir stimmen zu, praktische Aktivitäten durchzuführen, darunter den Austausch bewährter Verfahren zur Umsetzung von Standards und Methoden für die Verwaltung von Sonderwirtschaftszonen.

75. Wir erkennen an, dass der KKMU-Sektor ein bewährter Hebel für Wirtschaftswachstum ist, der eine Steigerung der allgemeinen Arbeitsproduktivität, der Haushaltseinkommen und der Qualität von Waren und Dienstleistungen ermöglicht.

Wir beabsichtigen, bewährte Verfahren zur Unterstützung von KKMU auszutauschen, unter anderem durch digitale Dienste und Plattformen zur Vereinfachung der Geschäftsabläufe.

Wir erkennen die Bedeutung der Aufrechterhaltung bestehender Wertschöpfungsketten an, die unter Beteiligung von KKMU geschaffen wurden, sowie des Aufbaus neuer kooperativer Beziehungen für KKMU, insbesondere hochtechnologische und innovationsorientierte, innerhalb der BRICS.

76. Wir erkennen an, dass die Partnerschaft für die neue industrielle Revolution (PartNIR) als Leitplattform für die BRICS-Zusammenarbeit im Rahmen der neuen industriellen Revolution dient, um Interessen, Herausforderungen und Chancen in der sich rasch entwickelnden industriellen Landschaft und beim Kapazitätsaufbau im Bereich der Industrie zu identifizieren und die Kontinuität der industriellen Zusammenarbeit der BRICS in einem strukturierten Rahmen für eine nachhaltige Zusammenarbeit sicherzustellen.

Wir schätzen die Bemühungen des BRICS-PartNIR-Innovationszentrums (BPIC) bei der Organisation von Veranstaltungen wie dem BRICS-Forum zu PartNIR 2024, dem BRICS-Wettbewerb für industrielle Innovation 2024, der BRICS-Ausstellung zur neuen industriellen Revolution 2024 und den BPIC-Schulungsprogrammen und ermutigen alle BRICS-Länder, aktiv an den oben genannten Veranstaltungen teilzunehmen.

Wir schätzen die Bemühungen des BRICS-Startup-Forums bei der Realisierung von Startup-Projekten, die eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Innovation und Wirtschaftswachstum im Zeitalter der neuen industriellen Revolution spielen.

Wir freuen uns darauf, die Zusammenarbeit mit den BRICS-Ländern zu vertiefen, um an zukünftigen Veranstaltungen und Aktivitäten des BRICS-Startup-Forums teilzunehmen.

Wir nehmen die Vereinbarung zur Kenntnis, das BRICS-Zentrum für Industriekompetenzen in Zusammenarbeit mit der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) zu gründen, um gemeinsam die Entwicklung von



Kompetenzen für Industrie 4.0 in den BRICS-Ländern zu unterstützen und Partnerschaften und eine erhöhte Produktivität in der neuen Industriellen Revolution zu fördern.

Wir unterstützen die Entscheidung der PartNIR-Beratungsgruppe, sieben Arbeitsgruppen einzurichten, darunter zu den Themen Chemische Industrie, Bergbau und Metalle, Digitale Transformation der Industrie, KMU, Intelligente Fertigung und Robotik, Photovoltaikindustrie, Medizintechnik und Pharma.

77. In Anbetracht der Bedeutung der Schaffung einer unterstützenden, integrativen und sicheren digitalen Wirtschaft und der Tatsache, dass digitale Konnektivität eine wesentliche Voraussetzung für die digitale Transformation sowie für soziales und wirtschaftliches Wachstum ist, betonen wir die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit zwischen den BRICS-Ländern zu stärken.

Wir erkennen auch an, dass neue Technologien wie 5G, Satellitensysteme, terrestrische und nicht-terrestrische Netzwerke das Potenzial haben, die Entwicklung der digitalen Wirtschaft zu katalysieren.

Wir erkennen an, dass eine widerstandsfähige, sichere, integrative und interoperable digitale öffentliche Infrastruktur das Potenzial hat, Dienstleistungen in großem Maßstab bereitzustellen und die sozialen und wirtschaftlichen Chancen für alle zu erhöhen.

Wir ermutigen die BRICS-Mitglieder, die Möglichkeit gemeinsamer Aktivitäten im Bereich der digitalen Infrastruktur zu prüfen, um die Integrität, Stabilität der Funktionsweise und Sicherheit nationaler Segmente des Internets zu gewährleisten, unter Einhaltung der nationalen Rechtsrahmen in Bezug auf alle Aspekte der Internetnutzung, einschließlich der Sicherheitsaspekte.

Wir weisen auf die Notwendigkeit hin, den Dialog innerhalb der BRICS-Staaten weiter zu intensivieren, um das enorme Potenzial der IKT freizusetzen und den politischen Austausch sowie Dialoge über künstliche Intelligenz (KI) zu fördern, mit dem Ziel, einen wirksamen, auf breitem Konsens beruhenden Rahmen für globale Governance zu schaffen, die nationalen Volkswirtschaften anzukurbeln sowie die Risiken von missbräuchlicher Nutzung, Fehlinformationen, Datenschutzverletzungen, Vorurteilen und Diskriminierung, die sich aus solchen Technologien ergeben, zu mindern und einen menschenzentrierten, entwicklungsorientierten, integrativen und nachhaltigen Ansatz zu verfolgen, mit dem Ziel, das Leben der Menschen zu verbessern und die digitale Kluft, insbesondere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, zu überbrücken.

78. In Anbetracht dessen, dass der rasche technologische Wandel, einschließlich der raschen Weiterentwicklung der künstlichen Intelligenz, das Potenzial hat, neue Möglichkeiten für die sozioökonomische Entwicklung auf der ganzen Welt zu schaffen, ermutigen wir zu mehr internationalen Gesprächen, unterstützen die Vereinten Nationen dabei, eine wichtige Rolle bei der globalen KI-Governance zu spielen, und begrüßen die Resolution A/RES/78/311 der UN-Generalversammlung mit dem Titel „Stärkung der

internationalen Zusammenarbeit beim Kapazitätsaufbau im Bereich der künstlichen Intelligenz“, die im Konsens angenommen wurde.

Wir freuen uns auf die BRICS-Zusammenarbeit, um Entwicklungsländern dabei zu helfen, den Aufbau von KI-Kapazitäten zu stärken.

Wir ermutigen zu Konsultationen zum Thema KI, auch im Rahmen der etablierten Studiengruppe für KI des BRICS-Instituts für zukünftige Netzwerke (BIFN).

79. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die Arbeit des BIFN und ermutigen alle BRICS-Mitglieder, nationale Zweigstellen zu benennen.

Wir erinnern an die Entscheidung zur Einrichtung von vier Studiengruppen im Rahmen des BIFN-Rats und nehmen die Diskussion über ihren Entwurf der Aufgabenstellung zur Kenntnis.

Wir ermutigen die BRICS-Mitglieder, sich in dieser Hinsicht aktiv zu beteiligen, soweit angemessen.

Wir ermutigen die Studiengruppen, ihre Arbeit aufzunehmen, und erkennen die fortwährenden Bemühungen der Fokusgruppe der BRICS-Plattform für digitale öffentliche Güter an, die im Rahmen der BRICS-Arbeitsgruppe für IKT gegründet wurde.

80. Wir betonen die grundlegende Rolle des Zugangs zu Energie bei der Erreichung der SDGs und nehmen die beschriebenen Risiken für die Energiesicherheit zur Kenntnis. Gleichzeitig betonen wir die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den BRICS-Ländern als Hauptproduzenten und -verbrauchern von Energieprodukten und -dienstleistungen im Hinblick auf faire, inklusive, nachhaltige, gerechte und gerechte Energiewenden.

Wir glauben, dass Energiesicherheit, Zugang und Energiewende wichtig sind und unter Berücksichtigung der vollständigen und wirksamen Umsetzung der UNFCCC und ihres Pariser Abkommens ausgewogen sein müssen.

Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, ein freies, offenes, faires, diskriminierungsfreies, transparentes, inklusives und vorhersehbares internationales Energiehandels- und Investitionsumfeld zu fördern, und stimmen einer Vertiefung der technologischen Zusammenarbeit zu.

Wir betonen die Notwendigkeit robuster globaler Lieferketten und einer stabilen, vorhersehbaren Energienachfrage, um einen universellen Zugang zu erschwinglichen, zuverlässigen, nachhaltigen und modernen Energiequellen zu gewährleisten und die nationale, globale und regionale Energiesicherheit zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang verurteilen wir auch alle Terroranschläge auf kritische grenzüberschreitende Energieinfrastrukturen aufs Schärfste und fordern eine offene und unvoreingenommene Herangehensweise bei der Untersuchung solcher Vorfälle.

81. Wir betonen erneut die Notwendigkeit, nationale Gegebenheiten zu berücksichtigen, darunter Klima- und Naturbedingungen, die Struktur der nationalen Wirtschaft und des

Energiemix sowie die besonderen Umstände jener Entwicklungsländer, deren Wirtschaften stark von Einnahmen oder Verbrauch fossiler Brennstoffe und damit verbundener energieintensiver Produkte abhängen, um eine gerechte Energiewende zu erreichen.

Wir glauben, dass die effiziente Nutzung aller Energiequellen für eine gerechte Energiewende hin zu flexibleren, widerstandsfähigeren und nachhaltigeren Energiesystemen von entscheidender Bedeutung ist, und in dieser Hinsicht unterstützen wir das Prinzip der Technologieneutralität, d. h. die Nutzung aller verfügbaren Brennstoffe, Energiequellen und Technologien zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen, darunter, aber nicht beschränkt auf, fossile Brennstoffe mit Minderungs- und Entfernungstechnologien, Biokraftstoffe, Erdgas und Flüssiggas, Wasserstoff und seine Derivate, darunter Ammoniak, Kernenergie und erneuerbare Energien usw.

82. Wir fordern die Zuweisung angemessener, vorhersehbarer und zugänglicher Finanzmittel von entwickelten an Entwicklungsländer für die gerechte Energiewende im Einklang mit den Grundsätzen der CBDR-RC. Betonung, dass neue industrielle Entwicklungsmodelle im Zusammenhang mit Energiewenden enorme Investitionen in bestehende und neue Infrastruktur erfordern würden.

83. Wir lehnen einseitige, strafende und diskriminierende protektionistische Maßnahmen ab, die nicht im Einklang mit dem Völkerrecht stehen und unter dem Vorwand von Umweltbelangen wie einseitige und diskriminierende CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismen (CBAMs), Sorgfaltspflichten, Steuern und andere Maßnahmen stehen, und bekräftigen unsere volle Unterstützung für den Aufruf der COP28 zur Vermeidung einseitiger Handelsmaßnahmen aufgrund von Klima- oder Umweltaspekten.

Wir lehnen auch einseitige protektionistische Maßnahmen ab, die die globalen Liefer- und Produktionsketten absichtlich stören und den Wettbewerb verzerren.

84. Wir begrüßen die laufende Zusammenarbeit im Rahmen der BRICS-Plattform für Energieforschungskoooperation, einschließlich der Veröffentlichung des BRICS-Berichts zum gerechten Energiewandel, und nehmen mit Anerkennung den 6. BRICS-Jugendenergiegipfel zur Kenntnis, der am 27. und 28. September 2024 in Moskau stattfindet.

85. Wir erkennen die wichtige Rolle der Kohlenstoffmärkte als eine der Triebkräfte für Klimaschutzmaßnahmen an und ermutigen zu einer verstärkten Zusammenarbeit und zum Erfahrungsaustausch in diesem Bereich.

Wir lehnen einseitige Maßnahmen ab, die unter dem Vorwand von Klima- und Umweltbedenken eingeführt werden, und bekräftigen unsere Verpflichtung, die Koordinierung in diesen Fragen zu verstärken.

Wir begrüßen die Annahme des MoU über die BRICS-Partnerschaft für Kohlenstoffmärkte als Plattform für den Austausch von Wissen, Erfahrungen und Fallstudien zur Entwicklung von Kohlenstoffmärkten und zur Erörterung der potenziellen inner-BRICS-Kooperation

auf Kohlenstoffmärkten, um Meinungen über eine mögliche Zusammenarbeit im Rahmen des Pariser Abkommens zwischen den BRICS-Ländern auszutauschen.

86. Wir begrüßen die Einrichtung der Kontaktgruppe für Klimawandel und nachhaltige Entwicklung durch die BRICS-Umweltminister am 28. Juni 2024 in Nischni Nowgorod und die Annahme des Rahmens für Klimawandel und nachhaltige Entwicklung beim hochrangigen Dialog zum Klimawandel (30. August 2024, Moskau).

Wir freuen uns darauf, die BRICS-Klimaforschungsplattform (BCRP) zu gründen, um den wissenschaftlichen und fachlichen Austausch von Ansichten, Wissen und bewährten Praktiken der Gruppe zu verbessern.

87. Wir unterstreichen die dringende Notwendigkeit aktiver Klimaanpassungsprojekte, die über Forschung und Prognosen hinausgehen und praktische Lösungen umsetzen, erneuerbare Energien, nachhaltige Finanzierung, emissionsarme Technologien und nachhaltige Entwicklungsinvestitionen vorantreiben. Gleichzeitig betonen wir die Bedeutung kollektiven Handelns und internationaler Zusammenarbeit, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels anzugehen und umfassende, gerechte Klimainitiativen zu gewährleisten.

88. Da wir über bedeutende Vorkommen einer breiten Palette von Mineralressourcen verfügen, darunter auch kritische, begrüßen wir die Ergebnisse des ersten Treffens der Leiter der geologischen Dienste der BRICS-Länder und würdigen die gemeinsamen Bemühungen zur Gründung der BRICS-Geologieplattform als ersten Schritt praktischer Zusammenarbeit im Bereich der Geologie und der rationalen Entwicklung von Mineralressourcen.

89. In Anbetracht der Tatsache, dass Umweltprobleme eine zunehmende Bedrohung darstellen, der Wirtschaft enormen Schaden zufügen und die Lebensqualität unserer Bürger beeinträchtigen, begrüßen wir die Bemühungen, die BRICS Clean Rivers Initiative im Rahmen der BRICS Environmentally Sound Technology (BEST)-Plattform weiterzuentwickeln.

Wir fordern eine aktivere Beteiligung junger Menschen an Umweltaktivitäten, da wir der Ansicht sind, dass es von entscheidender Bedeutung ist, die Umweltkultur und das Umweltwissen in der Bevölkerung, vor allem bei jungen Menschen, zu verbessern.

90. Im vollen Bewusstsein der entscheidenden Bedeutung der Ozeane für eine nachhaltige Entwicklung und Klimastabilität erkennen wir an, dass eine angemessene Planung und Verwaltung sowie eine angemessene Finanzierung, Kapazitätsaufbau und Transfer und Entwicklung von Meerestechnologie unabdingbar sind, um den Schutz der Meeresumwelt und die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen und der Biodiversität zu gewährleisten.

91. Wir unterstützen den Kimberley-Prozess als einziges globales zwischenstaatliches Zertifizierungssystem, das den Handel mit Rohdiamanten reguliert und unser Engagement zur Verhinderung des Eindringens von Konfliktdiamanten in die Märkte betont.

Wir erkennen die Einführung der informellen BRICS-Kooperationsplattform unter Beteiligung afrikanischer Diamantenförderländer an, um den freien Handel mit Rohdiamanten und die nachhaltige Entwicklung der globalen Diamantenindustrie zu gewährleisten.

Wir begrüßen die Bemühungen der VAE als Vorsitz des Kimberley-Prozesses für 2024.

Wir unterstützen Bemühungen zur Steigerung des Umsatzes mit Edelmetallen innerhalb der BRICS-Staaten auf der Grundlage gemeinsamer Qualitätsstandards.

92. In der Erkenntnis, dass eine entwickelte Verkehrsinfrastruktur, sichere und kostengünstige internationale Transportwege, innovative Technologien und Vorschriften Handelsströme und den grenzüberschreitenden Personenverkehr erleichtern würden, erkennen wir die Bedeutung der Integration verschiedener Verkehrsträger für ein effizientes und nachhaltiges Verkehrssystem in den BRICS-Staaten an.

Wir begrüßen die Ergebnisse des ersten BRICS-Verkehrsministertreffens in Sankt Petersburg am 6. Juni 2024 und freuen uns darauf, den Verkehrsdialog weiter voranzutreiben, um die Nachfrage aller Beteiligten zu erfüllen und das Verkehrspotenzial der BRICS-Länder zu steigern, während wir gleichzeitig die Souveränität und territoriale Integrität aller Mitgliedsstaaten bei der Durchführung der Verkehrszusammenarbeit respektieren.

Wir freuen uns auch darauf, weitere Möglichkeiten zur Einrichtung einer Logistikplattform zu erkunden, um die Transportbedingungen für die multimodale Logistik zwischen den BRICS-Ländern zu koordinieren und zu verbessern.

93. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die zentrale Koordinierungsrolle der Weltgesundheitsorganisation bei der Umsetzung multilateraler internationaler Bemühungen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit vor Infektionskrankheiten und Epidemien und verpflichten uns, das internationale System zur Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion zu reformieren und zu stärken.

Wir erkennen die grundlegende Rolle der primären Gesundheitsversorgung als Schlüsselgrundlage für die allgemeine Gesundheitsversorgung und die Widerstandsfähigkeit des Gesundheitssystems sowie für die Prävention und Reaktion auf gesundheitliche Notfälle an.

Wir begrüßen die Förderung engerer Beziehungen zwischen den Gesundheitseinrichtungen der BRICS-Staaten, die für die sanitäre und epidemiologische Gesundheit und das Wohlbefinden, die Prävention, Vorsorge und Reaktion auf epidemiegefährdete übertragbare Krankheiten sowie die gesundheitlichen Auswirkungen

nach Katastrophen verantwortlich sind, und ermutigen dazu, Möglichkeiten zum Wissensaustausch, zum Austausch von Fachwissen und zur Durchführung gemeinsamer Projekte im Gesundheitssektor weiter zu erkunden.

94. Wir erkennen an, dass die BRICS-Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Tuberkulose (TB) und antimikrobieller Resistenz (AMR) sowie die Stärkung der Kapazitäten zur Prävention übertragbarer Krankheiten und anderer Gesundheitsprobleme wie nicht übertragbarer Krankheiten, Forschung und Entwicklung, Erfahrungsaustausch, auch zu traditionellen Medizinsystemen, digitaler Gesundheit, Nuklearmedizin und radiopharmazeutischer Wissenschaft, mit besonderem Schwerpunkt auf der Stärkung der radiopharmazeutischen Lieferkette und der Verbesserung der Isotopenproduktion, neben der Förderung der Entwicklung fortschrittlicher digitaler Lösungen, einen großen Beitrag zu den relevanten internationalen Bemühungen leistet.

95. Wir unterstützen die Initiativen des BRICS-Forschungs- und Entwicklungszentrums für Impfstoffe, die Weiterentwicklung des integrierten BRICS-Frühwarnsystems zur Prävention von Risiken durch Masseninfektionskrankheiten und die Arbeit des BRICS-TB-Forschungsnetzwerks.

Wir begrüßen die Ergebnisse des 79. Hochrangigen Treffens der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA) zu antimikrobiellen Resistenzen (AMR) und bekennen uns zu einer Reihe klarer Ziele und Maßnahmen, darunter eine Reduzierung der geschätzten 4,95 Millionen Todesfälle, die jährlich durch bakterielle antimikrobielle Resistenzen (AMR) verursacht werden, um 10 % bis 2030.

Wir sind besorgt über die wachsende Bedrohung durch AMR für alle Wirtschaftssektoren, insbesondere das Gesundheitswesen, und nehmen zur Kenntnis, dass die Abhaltung der ersten BRICS-Konferenz zu AMR im Mai 2024 zum richtigen Zeitpunkt ist.

96. Unter Hinweis auf das erhebliche Potenzial der BRICS-Länder im Bereich der Nuklearmedizin begrüßen wir die Entscheidung, eine BRICS-Arbeitsgruppe für Nuklearmedizin einzurichten.

Wir nehmen die erfolgreiche Abhaltung des ersten BRICS-Forums für Nuklearmedizin am 20. und 21. Juni 2024 in St. Petersburg und die Veröffentlichung des BRICS-Berichts über bewährte Verfahren in der Nuklearmedizin zur Kenntnis.

97. Wir begrüßen die Veröffentlichung der ersten Ausgabe des BRICS Health Journal und nehmen die Gründung der BRICS Medical Association zur Kenntnis.

Wir unterstützen die Einführung des BRICS Public Health Institutes Network – einer Plattform für den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken zur Stärkung und zum Schutz der öffentlichen Gesundheit.

98. Wir freuen uns auf eine verstärkte BRICS-Zusammenarbeit, unter anderem durch etablierte Mechanismen für Fernerkundungssatellitenanwendungen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der BRICS-Länder, einschließlich zur Unterstützung der Bekämpfung des Klimawandels, der Katastrophenvorsorge und von Frühwarnsystemen.

Wir ermutigen zu einer Intensivierung des Dialogs zwischen den Agenturen, um Kooperationsmöglichkeiten bei der friedlichen Erforschung und Nutzung des Weltraums weiter zu erkunden, und begrüßen in diesem Zusammenhang die Erklärung der Leiter der BRICS-Weltraumagenturen.

99. In Anbetracht des enormen touristischen Potenzials der BRICS-Länder begrüßen wir die Ergebnisse des ersten BRICS-Tourismusforums, das am 20. und 21. Juni 2024 in Moskau stattfand.

Wir verpflichten uns, die zwischenmenschliche Konnektivität weiter zu stärken, die Zusammenarbeit zwischen mehreren Interessengruppen zu verbessern und gemeinsame Projekte im Tourismusbereich zu entwickeln.

Wir begrüßen die Annahme der Roadmap für die Tourismuskoooperation der BRICS, die darauf abzielt, den Tourismusaustausch und die Entwicklung von Fähigkeiten zu erleichtern, einen nachhaltigen Tourismus zu fördern und touristische Dienstleistungen zu digitalisieren.

100. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, die Zusammenarbeit im Bereich des Wettbewerbsrechts und der Wettbewerbspolitik zwischen den BRICS-Ländern weiter voranzutreiben und auszubauen, um zur nachhaltigen Entwicklung der Märkte beizutragen, wettbewerbschädigende grenzüberschreitende Praktiken wirksam zu bekämpfen und ein gesundes Marktumfeld zu fördern.

Wir anerkennen die Rolle der Aktivitäten des BRICS International Competition Law and Policy Center bei der Wissensschaffung und dem Wissensaustausch zwischen den BRICS-wettbewerbsbehörden und die Bedeutung, die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung des Wettbewerbsrechts der BRICS-Volkswirtschaften zu gewährleisten und auf die Beseitigung von Monopolschranken in gesellschaftlich wichtigen Märkten hinzuarbeiten.

Wir begrüßen die Abhaltung der IX. BRICS International Competition Conference im Jahr 2025 in Südafrika.

101. Wir begrüßen die kontinuierliche Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den BRICS-Ländern, einschließlich, aber nicht beschränkt auf weitere Diskussionen über das Abkommen über gegenseitige Amtshilfe, die Unterzeichnung des gemeinsamen Aktionsplans für zugelassene Wirtschaftsbeteiligte der BRICS-Zollverwaltungen zur gegenseitigen Anerkennung ihrer jeweiligen Programme für zugelassene Wirtschaftsbeteiligte. Eine solche Zusammenarbeit ermöglicht die Aufnahme neuer Länder und ihre Einführung in den etablierten Prozess, den Kapazitätsaufbau, die Zusammenarbeit

bei der Strafverfolgung und die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Zollobildungszentren der BRICS zur Umsetzung gemeinsamer Zollobildungsaktivitäten und die Einrichtung von BRICS-Kompetenzzentren und der zugehörigen Online-Plattformen.

102. In Anerkennung der Bedeutung einer weiteren Verbesserung und Institutionalisierung der Steuerzusammenarbeit der BRICS-Länder begrüßen wir die Annahme des Governance-Rahmenwerks der Leiter der Steuerbehörden der BRICS-Länder als wichtigen Schritt hin zu einer systematischen und konsistenten Steuerzusammenarbeit zwischen den BRICS-Ländern.

103. Wir begrüßen die Resolution 78/230 der UN-Generalversammlung zur Förderung einer umfassenden und wirksamen internationalen Steuerzusammenarbeit bei den Vereinten Nationen. Wir drücken unsere Anerkennung für das Engagement und die Hingabe aus, die der Ad-hoc-Ausschuss der Vereinten Nationen bei der Entwicklung der Leistungsbeschreibung für ein Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über internationale Steuerkooperation (UNFCITC) geleistet hat.

Wir erkennen die entscheidende Bedeutung der Entwicklung des UNFCITC mit seinen ersten Protokollen an, um die internationale Steuerkooperation zu stärken und sie vollständig inklusiv und effektiver zu gestalten.

Wir erwarten, dass die Umsetzung des UNFCITC ein inklusives, faires, transparentes, effizientes, gerechtes und effektives internationales Steuersystem für eine nachhaltige Entwicklung fördern wird, mit dem Ziel, die Legitimität, Sicherheit, Belastbarkeit und Fairness der internationalen Steuerregeln zu verbessern und gleichzeitig die Herausforderungen zur Stärkung der Mobilisierung inländischer Ressourcen anzugehen.

Wir unterstützen Initiativen zur Verbesserung der Steuerkooperation und zum Aufbau eines progressiveren, stabileren und effektiveren internationalen Steuersystems, zur Förderung der Steuertransparenz und zur Erleichterung von Diskussionen über eine effektive Besteuerung von vermögenden Privatpersonen.

104. Wir erkennen die Rolle von Standardisierungsinstrumenten bei der Handelserleichterung an und stimmen zu, die für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit im Bereich der Standardisierung zu stärken.

105. In Anerkennung der Bedeutung von Daten, Statistiken und Informationen für eine effektive Entscheidungsfindung bekunden wir unsere Unterstützung für eine Verbesserung der statistischen Zusammenarbeit innerhalb der BRICS, einschließlich der jährlichen Veröffentlichung der gemeinsamen statistischen Veröffentlichung der BRICS und des Snapshot der gemeinsamen statistischen Veröffentlichung der BRICS sowie des Austauschs bewährter Praktiken in den Bereichen der offiziellen Statistik in den BRICS-Mitgliedsländern.



106. Wir begrüßen die Zusammenarbeit der BRICS-Ämter für geistiges Eigentum (IP) und den Austausch bewährter Praktiken und Erfahrungen im Bereich des geistigen Eigentums, insbesondere bei fortgeschrittenen technologischen Fragen, die darauf abzielen, Rechteinhaber, einschließlich KMU und Talente, beim Schutz, der Kommerzialisierung und der Nutzung des geistigen Eigentums zu unterstützen.

107. Wir bekräftigen die Notwendigkeit, die BRICS-Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenmanagements weiter zu stärken.

Wir betonen, wie wichtig es ist, die nationalen Systeme und Kapazitäten zur Katastrophenvorsorge zu verbessern, um katastrophengebundenen Schäden zu verringern und Infrastruktur, Menschenleben und Lebensgrundlagen zu schützen. In diesem Zusammenhang fordern wir die Verbesserung der umfassenden Kapazitäten der BRICS-Länder zur Katastrophenvorsorge, um Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Dürren, Erdbeben, Waldbränden usw. wirksam zu begegnen.

Wir unterstützen den verstärkten Dialog über die Entwicklung von Systemen zur Überwachung von Naturgefahren, zur Vorhersage von Naturkatastrophen und ihrer möglichen Folgen, einschließlich der Nutzung der Erdbeobachtung per Satellit, und fördern die Entwicklung von Informations- und Frühwarnsystemen für Naturkatastrophen.

108. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, die BRICS-Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Arbeitsmarktes zu stärken und durch eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie ein integratives und am Menschen ausgerichtetes Arbeitsumfeld hochwertige Vollbeschäftigung zu fördern.

Wir verpflichten uns, unsere Bemühungen zur Entwicklung umfassender Strategien für lebenslanges Lernen, Berufsberatung, kontinuierliche berufliche Bildung und berufliche Weiterbildung fortzusetzen, um sicherzustellen, dass die Arbeitnehmer mit den für die Zukunft der Arbeit und einen widerstandsfähigen und gerechten Arbeitsmarkt erforderlichen Fähigkeiten ausgestattet sind.

Wir betonen die Bedeutung der Regulierung von Plattformbeschäftigung, um menschenwürdige Arbeit, faire Entlohnung und sozialen Schutz für alle sicherzustellen.

Wir verpflichten uns, die Sicherheit und ein gesundes Arbeitsumfeld zu verbessern, die sozialen Unterstützungssysteme zu modernisieren und alle relevanten Maßnahmen zu ergreifen, um Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten zu verringern und den vielfältigen Bedürfnissen unserer Bevölkerung gerecht zu werden.

109. Wir betonen die wichtige Rolle, die die Rechnungsprüfung im öffentlichen Sektor bei der Gewährleistung der Effizienz, Rechenschaftspflicht, Wirksamkeit und Transparenz der öffentlichen Verwaltung in den BRICS-Ländern und der Wahrung ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Stabilität spielt.

Wir begrüßen eine verstärkte Interaktion und den Austausch bewährter Praktiken zwischen den obersten Rechnungsprüfungsinstitutionen der BRICS-Länder.

Wir legen auch besonderes Augenmerk auf die Notwendigkeit einer Verbesserung der Aktivitäten externer öffentlicher Rechnungsprüfungsinstitutionen, die auf regionaler und lokaler Ebene in den BRICS-Ländern tätig sind, und zwar in Übereinstimmung mit den Mandaten und Verfahren der obersten Rechnungsprüfungsinstitutionen, soweit angemessen.

110. Wir erkennen die Notwendigkeit einer Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich Justiz im Rahmen der BRICS-Länder an und nehmen das erste Treffen der Justizminister der BRICS-Länder zur Kenntnis.

Wir erkennen die Bedeutung der Anziehung von Investitionen und der Entwicklung der Volkswirtschaften der BRICS-Länder sowie die Entwicklung eines robusten Rahmens zur Lösung der Beschwerden von Investoren durch weitere Konsultationen und Beratungen zwischen den BRICS-Ländern an.

Wir nehmen die russische Initiative zur Gründung des Internationalen Investitionsschiedsgerichts der BRICS-Länder zur Kenntnis.

111. Wir erkennen das enorme Potenzial der BRICS-Länder im Bereich Wissenschaft, Technologie und Innovation (STI) und das vorgeschlagene Protokoll zum Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit im Bereich STI an.

Wir loben die Arbeit des BRICS STI-Lenkungsausschusses als einen der entscheidenden Mechanismen zur Verwaltung und Gewährleistung der erfolgreichen Durchführung der BRICS STI-Aktivitäten.

Wir begrüßen die Einrichtung der BRICS-Arbeitsgruppe mit Schwerpunkt auf sozial- und geisteswissenschaftlicher Forschung und die Anpassung der Leistungsbeschreibung (Terms of Reference, ToR) des BRICS STI-Rahmenprogramms, um die weitere Verwaltung gemeinsamer Ausschreibungen zur Unterstützung der Forschungsarbeit, einschließlich der frühzeitigen Einführung der BRICS STI-Flaggschiffprojekte, angemessen zu steuern. In Anerkennung der wichtigen Rolle szientometrischer Systeme und Datenbanken in der modernen Wissenschaftswelt und in Anbetracht des Forschungspotenzials der BRICS-Länder unterstützen wir Initiativen zur Erforschung szientometrischer Systeme und Datenbanken in den BRICS-Ländern.

112. Wir unterstreichen weiterhin die Bedeutung von Wissenschaft, Technologie und Innovation als entscheidender Katalysator für die wirtschaftliche Entwicklung und eine verbesserte Lebensqualität der Menschen in den BRICS-Staaten.

Wir nehmen auch die Fortschritte zur Kenntnis, die bei der Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsprogrammen in wichtigen Querschnittssektoren, darunter biomedizinische Felder, erneuerbare Energien, Weltraum- und Astronomiewissenschaften, Meeres- und Polarwissenschaften, durch gemeinsame Forschungs- und

Innovationsprojekte und die Förderung gemeinsamer institutioneller Austausche erzielt wurden.

Wir loben den STI-Sektor für die Einrichtung des STI-Rahmenprogramms zur möglichen Finanzierung gemeinsamer kollaborativer Forschung und Innovation in vorrangigen wissenschaftlichen Bereichen.

Wir ermutigen die BRICS-Mitgliedsländer, die Möglichkeit zu prüfen, Mittel für Forschung und Entwicklung bereitzustellen, insbesondere zur Unterstützung von Innovationsinitiativen für Startups und KKMU, und dies gleichzeitig mit ihren nationalen Prioritäten und Strategien in Einklang zu bringen.

Wir ermutigen die Einrichtung von Inkubations- und Startup-Zentren zur Förderung von Innovation und Technologie im Rahmen des BRICS-STI-Rahmenprogramms.

113. Wir nehmen mit Anerkennung die Maßnahmen der BRICS-Länder zur Kenntnis, um Rahmenbedingungen für den Aufbau von Kapazitäten in der STI-Politikentwicklung, Plattformen für technologische Vorausschaustudien und die Unterstützung der Kapazitäten junger Wissenschaftler und Innovatoren zu schaffen.

Wir ermutigen alle BRICS-Mitgliedsländer, nach Möglichkeiten zu suchen, die Investitionen in Forschungsinfrastrukturen zu erhöhen, um die wissenschaftlichen Fähigkeiten und die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

114. Wir begrüßen die Erweiterung der BRICS-Netzwerkuniversität sowie die Ausweitung ihrer Forschungsbereiche, darunter Mathematik, Naturwissenschaften, Sozial- und Geisteswissenschaften, nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssicherheit sowie Gesundheitswissenschaften.

Wir stimmen zu, Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den BRICS-Mitgliedsstaaten zu prüfen, um die Entwicklung des Rahmens für die gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen voranzutreiben.

Wir unterstützen den fortgesetzten Dialog über Qualitätsbewertungssysteme für BRICS-Universitäten im Einklang mit ihren nationalen Bildungssystemen.

115. Wir bekräftigen unser Engagement für die Verbesserung der Zusammenarbeit der BRICS-Länder im Bereich der technischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung und schätzen die zentrale Rolle der BRICS-Allianz für Berufsbildung als multilaterale Plattform für Dialog, Erfahrungsaustausch und Projektzusammenarbeit.

Wir freuen uns auf weitere Diskussionen über die qualitative und quantitative Bewertung technischer und beruflicher Aus- und Weiterbildungssysteme durch gemeinsame Forschungsprojekte.

Wir unterstützen die Einrichtung des BRICS-Kooperationsmechanismus für digitale Bildung als Ergebnis des Konsultationsprozesses, auf den sich die BRICS-Bildungsminister in der Skukuza-Erklärung von 2023 und der Kazan-Erklärung von 2024 geeinigt haben.

116. Wir begrüßen die Initiative, den BRICS-Geographentag am 18. August als jährlichen beruflichen Feiertag einzuführen, der darauf abzielt, die gemeinsame Forschung in den geografischen und georäumlichen Wissenschaften innerhalb der BRICS zu fördern, um die Kapazitäten zur Bewältigung der Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung zu verbessern.

117. Wir begrüßen die Ausrichtung des Globalen Bildungstreffens am 1. November 2024 in Fortaleza, Brasilien, das dem SDG 4 gewidmet ist und von der UNESCO angeführt wird und zum ersten Mal in einem Land des globalen Südens stattfinden wird.

118. In Anbetracht der Tatsache, dass die Entwicklung von Hochtechnologieprodukten auf der Grundlage der inländischen technologischen Kapazität ein Faktor ist, der die Wettbewerbsfähigkeit nationaler Volkswirtschaften bestimmt und zu einem nachhaltigen und integrativen Wirtschaftswachstum beiträgt, ermutigen wir die technologische Zusammenarbeit zwischen den BRICS-Ländern.

Wir würdigen die Initiative des Vorsitzes zur neuen technologischen Plattform der BRICS unter der Schirmherrschaft des BRICS Business Council, die darauf abzielt, die Technologie- und Innovationskooperation zwischen den BRICS-Ländern zu fördern.

Wir nehmen die Ergebnisse des BRICS Solutions Award 2024 zur Kenntnis, bei dem die besten technologischen Praktiken in vorrangigen Bereichen der innovativen Entwicklung in den BRICS-Ländern ausgezeichnet wurden.

### **Stärkung des zwischenmenschlichen Austauschs für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung**

119. Wir bekräftigen die Bedeutung des zwischenmenschlichen Austauschs der BRICS-Staaten für die Stärkung des gegenseitigen Verständnisses, der Freundschaft und der Zusammenarbeit.

Wir begrüßen die Veranstaltungen, die im Jahr 2024 unter dem russischen Vorsitz stattfinden, unter anderem in den Bereichen Medien, Kultur, Bildung, Sport, Kunst, Jugend, Zivilgesellschaft, öffentliche Diplomatie und akademischer Austausch, und erkennen an, dass der zwischenmenschliche Austausch eine wesentliche Rolle bei der Bereicherung unserer Gesellschaften und der Entwicklung unserer Volkswirtschaften spielt. In dieser Hinsicht fordern wir mehr Anstrengungen, um die Vielfalt der Kulturen zu respektieren, Erbe, Innovation und Kreativität hoch zu schätzen, gemeinsam für einen starken internationalen zwischenmenschlichen Austausch und Zusammenarbeit einzutreten und die Annahme der Resolution A/RES/78/286 der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit dem Titel „Internationaler Tag des Dialogs zwischen den Zivilisationen“ anzuerkennen.

120. Wir betonen unser Engagement für die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft, Kultur, Kommunikation und Information angesichts der Komplexität der aktuellen Herausforderungen und Veränderungen und weisen in diesem Zusammenhang auf die Relevanz der in der UNESCO-Verfassung festgelegten Grundsätze und ihres Mandats hin, Zusammenarbeit und Frieden durch internationale Zusammenarbeit zu fördern, die auf Gleichheit, Dialog, vorgeschriebenen programmatischen Aktivitäten und dem Geist des Konsenses beruhen sollte.

Wir erinnern an den UNESCO-Rahmen für Kultur- und Kunsterziehung, der im Februar 2024 in Abu Dhabi, Vereinigte Arabische Emirate, einstimmig angenommen wurde.

121. Wir unterstreichen die entscheidende Rolle der Kultur für eine nachhaltige Entwicklung, da sie in hohem Maße dem Wirtschaftswachstum, dem sozialen Zusammenhalt und dem allgemeinen Wohlergehen zugutekommt. In diesem Zusammenhang bekräftigen wir die Bedeutung einer Stärkung der BRICS-Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur und Bewahrung des kulturellen Erbes.

Wir begrüßen das BRICS-Kulturfestival, das die Vielfalt und den Reichtum der BRICS-Kulturen hervorhebt und als Katalysator für die Förderung eines besseren gegenseitigen Verständnisses zwischen unseren Nationen dient.

Wir begrüßen auch das BRICS-Filmfestival und Musikkonzerte.

Wir ermutigen zur Teilnahme an BRICS-Allianzen, darunter die Allianz der Museen, die Allianz der Museen und Kunstgalerien, die Allianz der Bibliotheken und die Allianz der Theater für Kinder und Jugendliche.

Wir begrüßen die Gründung der BRICS-Allianz des Volkstanzes und ermutigen zur Gründung einer BRICS-Allianz der Filmschulen.

122. Wir betrachten diese Allianzen als ideal zur Unterstützung des kulturellen Austauschs, des Wissensaustauschs und der Bewahrung unseres gemeinsamen Erbes. Durch diese Initiativen wollen wir die kulturellen Bindungen vertiefen, die gegenseitige Wertschätzung steigern und zu einer stärker vernetzten Welt beitragen.

Wir unterstreichen die Bedeutung der BRICS-Zusammenarbeit in den Bereichen Bewahrung des kulturellen Erbes und der Kultur. Unter Hinweis auf die UNESCO-Weltkonferenz zu Kulturpolitik und nachhaltiger Entwicklung und die G20-Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Neu-Delhi 2023 erkennen wir die Macht der Kultur als Katalysator für eine nachhaltige Entwicklung an, die Kreativität, Innovation und inklusives Wirtschaftswachstum, sozialen Zusammenhalt und Umweltschutz umfasst.

123. Wir betonen, dass alle BRICS-Länder eine reiche traditionelle Sportkultur haben, und stimmen zu, uns gegenseitig bei der Förderung traditioneller und einheimischer Sportarten unter den BRICS-Ländern und auf der ganzen Welt zu unterstützen.

Wir lehnen jede Form von Diskriminierung aufgrund von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Herkunft, Religion, wirtschaftlichem oder sonstigem Status von Sportlern entschieden ab.

Wir erkennen die Bedeutung gemeinsamer BRICS-Sportveranstaltungen, Treffen, Konferenzen und Seminare im Bereich Sportwissenschaft und Sportmedizin an.

124. Wir legen großen Wert auf die Rolle der BRICS bei der Entwicklung sportlicher Beziehungen zwischen den BRICS-Ländern, einschließlich Breiten-, Jugend-, Schul- und Studentensport, Sportarten mit hoher Priorität, Parasport sowie nationalem und traditionellem Sport. In diesem Zusammenhang sind wir Russland sehr dankbar für die Ausrichtung der BRICS-Spiele im Juni in Kasan, bei denen Teilnehmer aus 27 Sportdisziplinen zusammenkamen.

125. Wir bekräftigen die Notwendigkeit, den Jugendaustausch weiter auszubauen, unter anderem in Bereichen wie Bildung, Ausbildung, Kompetenzentwicklung, Wissenschaft, Technologie, Innovation, Unternehmertum, gesunder Lebensstil und Sport sowie gemeinnützige Arbeit und Freiwilligenarbeit.

Wir bewerten die Ergebnisse des BRICS-Jugendgipfels, der im Juli 2024 in Uljanowsk stattfand, positiv und erkennen seinen Wert als Plattform für offene Diskussionen und konstruktive Interaktion zwischen den jungen Menschen der BRICS-Länder an.

Wir beabsichtigen, den BRICS-Jugendrat weiter zu fördern, der als Mechanismus für die Entwicklung und Konsolidierung der Jugendagenda innerhalb des Bündnisses dient.

Wir stimmen zu, die Möglichkeit zu prüfen, Bildungsmissionen in die BRICS-Länder zu organisieren, um das Bewusstsein junger Menschen für die Werte und Prinzipien von BRICS zu schärfen.

126. Wir verpflichten uns, die interparlamentarische Interaktion zwischen den BRICS-Mitgliedsstaaten durch einen regelmäßigen Austausch von Ansichten, Erfahrungen und bewährten Praktiken im Einklang mit dem am 28. September 2023 in Johannesburg unterzeichneten Memorandum zum BRICS-Parlamentarierforum und seinem am 12. Juli 2024 unterzeichneten Protokoll weiter zu fördern. In dieser Hinsicht begrüßen wir die erfolgreiche Durchführung des X. BRICS-Parlamentarierforums in St. Petersburg am 11. und 12. Juli 2024.

127. Wir erkennen an, dass der Dialog zwischen den politischen Parteien der BRICS-Länder eine konstruktive Rolle bei der Konsensbildung und der Verbesserung der Zusammenarbeit spielt.

Wir nehmen die erfolgreiche Durchführung des BRICS-Dialogs der politischen Parteien in Wladiwostok im Juni 2024 zur Kenntnis und begrüßen es, dass andere BRICS-Länder die Tradition der Durchführung dieser Veranstaltung in Zukunft fortsetzen.

128. Wir würdigen die Fortschritte der BRICS-Länder bei der Förderung von bezahlbarem Wohnraum und städtischer Entwicklung und Widerstandsfähigkeit und schätzen den Beitrag von Mechanismen wie dem BRICS Urbanization Forum, dem BRICS Friendship Cities and Local Governments Cooperation Forum und dem BRICS Municipal Forum zur Erleichterung des Aufbaus freundschaftlicherer Städtebeziehungen zwischen den BRICS-Ländern und zur Förderung der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

129. Wir würdigen die erfolgreiche Durchführung des BRICS Business Forum. Wir begrüßen die Selbstreflexion des BRICS Business Council mit einem Schwerpunkt auf erreichten Meilensteinen und Verbesserungsbereichen.

Wir unterstützen die Aktivitäten des BRICS Business Council in verschiedenen Bereichen, darunter Landwirtschaft, Finanzen und Investitionen, Infrastruktur, Transport und Logistik, digitale Wirtschaft, Energieerzeugung und nachhaltige Entwicklung.

130. Wir erkennen die entscheidende Rolle der Frauen in der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung an.

Wir unterstreichen die Bedeutung der Stärkung der Rolle der Frau und ihrer vollständigen Teilnahme auf der Grundlage der Gleichberechtigung in allen Bereichen der Gesellschaft, einschließlich ihrer aktiven Teilnahme an Entscheidungsprozessen, auch in Führungspositionen, die für die Verwirklichung von Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden von grundlegender Bedeutung sind. Wir erkennen an, dass inklusives Unternehmertum und Zugang zu Finanzmitteln für Frauen ihre Teilnahme an Geschäftsvorhaben, Innovationen und der digitalen Wirtschaft erleichtern würden.

In dieser Hinsicht begrüßen wir die Ergebnisse des Ministertreffens für Frauenangelegenheiten und des BRICS-Frauenforums, das im September in Sankt Petersburg unter dem Thema „Frauen; Regierungsführung und Führung“ stattfand, und erkennen den wertvollen Beitrag dieser jährlichen Treffen zur Entwicklung und Konsolidierung der Stärkung der Rolle der Frau in allen drei Säulen der BRICS-Zusammenarbeit an.

131. Wir würdigen die Bemühungen der BRICS Women's Business Alliance zur Förderung des Unternehmertums von Frauen, darunter die Einführung der gemeinsamen digitalen Plattform der BRICS Women's Business Alliance, die Durchführung des ersten BRICS Women's Entrepreneurship Forums am 3. und 4. Juni 2024 in Moskau und des ersten BRICS Women's Startups Contest.

Wir unterstützen eine weitere Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der BRICS Women's Business Alliance und Unternehmerinnen aus dem globalen Süden, einschließlich der Einrichtung von Regionalbüros, sofern angemessen.



132. Wir ermutigen dazu, die Beziehungen zwischen Expertengemeinschaften und der Zivilgesellschaft der BRICS-Länder zu stärken. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die erfolgreiche Durchführung des BRICS Academic Forum und des BRICS Civil Forum, die Aktivitäten des BRICS Think Tank Council zur Stärkung der Zusammenarbeit in Forschung und Kapazitätsaufbau zwischen den akademischen Gemeinschaften der BRICS-Länder und die Gründung des BRICS Think Tank Network for Finance, das die Diskussionen des BRICS Financial Track unterstützen wird.

Wir unterstützen die Einrichtung des Civil BRICS Council.

133. Wir loben Russlands BRICS-Vorsitz im Jahr 2024 und danken der Regierung und dem Volk der Russischen Föderation für die Durchführung des XVI. BRICS-Gipfels in der Stadt Kazan.

134. Wir unterstützen Brasilien uneingeschränkt bei seinem BRICS-Vorsitz im Jahr 2025 und der Durchführung des XVII. BRICS-Gipfels in Brasilien.